Das Unterhaltsrecht in der familienrichterlichen Praxis

Die neueste Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs
und die Leitlinien der Oberlandesgerichte zum Unterhaltsrecht
und zum Verfahren in Unterhaltsprozessen

Begründet von
Philipp Wendl und Siegfried Staudigl

Herausgegeben von
Hans-Joachim Dose

Bearbeitet von

VRiOLG Dr. Regina Bömelburg, Köln
VRiBGH Hans-Joachim Dose, Karlsruhe
VRiOLG a. D. Dr. Peter Gerhardt, München
RiBGH Hartmut Guhling, Karlsruhe
RiOLG a. D. Werner Gutdeutsch, Ebersberg
RiBGH Prof. Dr. Frank Klinkhammer, Karlsruhe
VRiOLG a. D. Dietrich Schmitz, Celle
RiOLG Nicole Siebert, München
Rechtsanwalt und Notar Ulrich Spieker, Bielefeld
VRiOLG Christine Wönne, Esslingen

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

10., überarbeitete Auflage
2019

C.H.BECK

Zitiervorschläge:

Wendl/Dose/*Bearbeiter* Unterhaltsrecht 10. Auflage – z. B.
Wendl/Dose/*Guhling* Unterhaltsrecht 10. Auflage § 5 Rn. 19.

Zitierverweise für automatische Verlinkung in beck-online:

Guhling in Wendl/Dose UnterhaltsR § 5 Rn. 19
oder
Wendl/Dose UnterhaltsR/Guhling § 5 Rn. 19

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 74077 0

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstr. 9, 80801 München

Umschlaggestaltung, Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 10. Auflage

Die große Bedeutung des Standardwerks Wendl/Dose für die unterhaltsrechtliche Praxis zeigt sich eindrucksvoll an den vielen Zitaten in anwaltlichen Schriftsätzen und gerichtlichen Entscheidungen. Die nun vorliegende 10. (Jubiläums-)Ausgabe knüpft an diesen Erfolg an. Wie in den Vorauflagen haben es sich die Autoren zur Aufgabe gemacht, das weit gefächerte und in Teilbereichen sehr komplizierte Unterhaltsrecht für den im Familienrecht tätigen Praktiker einerseits verständlich, andererseits aber auch möglichst lückenlos und mit höchstrichterlicher Rechtsprechung belegt darzustellen, um eine zuverlässige Anwendung auf den Einzelfall zu gewährleisten. Dem schnellen Verständnis dienen auch die vielen in den Text aufgenommenen Berechnungsbeispiele.

Das den Unterhaltsbemessungen zugrundeliegende materielle Recht, Verfahrensrecht, Sozialrecht und auch das internationale Recht hat sich erneut nicht unwesentlich geändert. Zugleich sind viele Grundsatzentscheidungen des Bundesgerichtshofs hinzugekommen, in denen das Unterhaltsrecht weiter fortentwickelt worden ist. Die Autoren haben alle gesetzlichen Neuregelungen und den aktuellen Stand der Rechtsprechung bis Ende April 2019 sowie die bis zu diesem Zeitpunkt beschlossenen und erst im Laufe des Jahres in Kraft tretenden Änderungen berücksichtigt. Das gilt auch für die ab dem 1. Juli 2019 geltenden neuen Kindergeldbeträge. Wichtige spätere Änderungen und Entscheidungen sind noch während der Satzarbeiten nachgetragen worden. Auch das Sachverzeichnis ist erneut überarbeitet und erweitert worden.

Die Ausführungen in § 1 zur Ermittlung des unterhaltsrechtlich relevanten Einkommens sind unter Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung aktualisiert worden. Dabei sind von Peter Gerhardt, Ulrich Spieker und mir alle denkbaren Einkommensarten, einschließlich der Einkünfte Selbstständiger, der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, der Vermögenseinkünfte, der Einkünfte aus Pensionen und Renten sowie der Einkünfte aus sozialstaatlichen Zuwendungen und deren unterhaltsrechtliche Relevanz dargestellt. Die Unterhaltsrelevanz fiktiver Einkünfte, die Behandlung von Einkünften aus überobligatorischer Tätigkeit, steuerrechtliche Auswirkungen auf die Unterhaltsbemessung und die Voraussetzungen von Auskunftsansprüchen zur Ermittlung des unterhaltsrelevanten Einkommens sind ebenfalls behandelt.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Den Kindesunterhalt hat Frank Klinkhammer in § 2 A überarbeitet, aktualisiert und mit sehr verständlichen Berechnungsbeispielen versehen. Gleiches gilt für die Unterhaltsansprüche sonstiger Verwandter, insbesondere den Eltern- und den Enkelunterhalt, den Christine Wönne in § 2 B äußerst verständlich dargestellt hat. Regina Bömelburg hat in § 3 die Voraussetzungen und die Bemessung des Familienunterhalts einschließlich der Konkurrenzen mit anderen Unterhaltsansprüchen umfassend beschrieben. In § 4 hat sie die Struktur des nachehelichen Unterhalts niedergelegt und die verschiedenen Unterhaltstatbestände unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung dargestellt. Einbezogen ist auch die inzwischen gefestigte Rechtsprechung des BGH zum Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB und die aktuelle Rechtsprechung der Oberlandesgerichte dazu, einschließlich deren Leitlinien.

Nicole Siebert und Werner Gutdeutsch liefern auch in der Neuauflage eine umfassende und lückenlose Darstellung der Bedarfsbemessung beim Ehegattenunterhalt auf der Grundlage der inzwischen gefestigten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. Im Anschluss folgen eine für die Praxis sehr hilfreiche Darstellung des Vorsorgeunterhalts sowie grundlegende Ausführungen zur Bemessung der Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten und der Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen. Christine Wönne hat in ihren Ausführungen zu den Voraussetzungen und zum Umfang einer Herabsetzung und Befristung des nachehelichen Unterhalts die aktuelle Rechtsprechung lückenlos berücksichtigt. Gleiches gilt für die Ausführungen von Nicole Siebert zur Anwendung der Härteklausel des § 1579 BGB.

Die Rangverhältnisse verschiedener Unterhaltsansprüche sowie die Mangelfälle unter Berücksichtigung der dem Unterhaltspflichtigen zu belassenden Selbstbehalte werden in

§ 5 erstmals von Hartmut Guhling dargestellt. In seinen Ausführungen sind anhand vieler Rechenbeispiele auch komplizierte Konstellationen sehr verständlich aufgeführt. In § 6 befassen sich die Autoren mit der aktuellen Rechtsprechung zu unterhaltsrechtlichen Sonderfragen, etwa des Sonderbedarfs (Frank Klinkhammer), des Unterhalts für die Vergangenheit und der Rückforderung zu viel geleisteten Unterhalts (Nicole Siebert), der Aufrechnung mit Gegenforderungen, des Unterhalts bei Gütergemeinschaft sowie der wichtigen Darlegungs- und Beweislast im Unterhaltsverfahren (Hans-Joachim Dose).

Voraussetzungen und Umfang von Unterhaltsansprüchen zwischen nicht verheirateten Eltern und zwischen Lebenspartnern hat Regina Bömelburg in § 7 auf der Grundlage der aktuellen Rechtsentwicklung dargestellt. Sozialrechtliche Fragen mit Bezug zum Unterhaltsrecht sind von Frank Klinkhammer in § 8 behandelt; dabei hat er die neueste Rechtsentwicklung und natürlich auch alle aktuellen Änderungen des Sozialrechts sowie die unterhaltsrelevante neueste Rechtsprechung einbezogen.

Die Ausführungen zum familiengerichtlichen Verfahren hat Dietrich Schmitz auf den neuesten Stand gebracht und dabei auch die aktuelle Rechtsprechung angeführt. Neben dem erstinstanzlichen Verfahren ist in § 10 insbesondere das Abänderungsverfahren, der vorläufige Rechtsschutz, das Rechtsmittel in Unterhaltssachen und das vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger umfassend dargestellt.

Schließlich sind auch die Ausführungen in § 9 zur Auswirkung eines Auslandsbezugs auf das materielle Recht, das Verfahrensrecht und die Vollstreckbarkeit auf den neuesten Stand gebracht worden. Insbesondere das aktuelle Haager Protokoll über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht (HUP 2007) und die Europäische Verordnung Nr. 4/2009 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen (EuUnthVO), sowie das zu ihrer Umsetzung erlassene neue Auslandsunterhaltsgesetz (AUG) ist unter Berücksichtigung der neuesten Rechtsentwicklung und Rechtsprechung des BGH und des EuGH dargestellt. Zugleich sind die Ausführungen und Übersichten zur Bemessung und Umrechnung des geschuldeten Unterhalts bei Auslandsbezug aktualisiert worden. Gleiches gilt für die Darstellung des materiellen Unterhaltsrechts in insgesamt 27 europäischen und wichtigen außereuropäischen Ländern.

Um dem Anspruch als Standardwerk der unterhaltsrechtlichen Praxis gerecht zu werden haben alle Mitautoren die aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung eingearbeitet und zitiert. Entsprechend ist auch der Teil R mit den wichtigsten höchstrichterlichen Entscheidungen überarbeitet worden. Ältere Entscheidungen, die an Bedeutung verloren haben, wurden gestrichen. Neuere Entscheidungen zu aktuell umstrittenen und grundlegenden Rechtsfragen wurden mit ihren wichtigsten Passagen zusätzlich aufgenommen.

Mit der 10. Auflage des Wendl/Dose haben sich im Autorenteam erneut Änderungen ergeben. Die Mitautoren Peter Gerhardt und Werner Gutdeutsch haben Teile ihrer Kommentierung in jüngere Hände gelegt. Nicole Siebert hat von Peter Gerhardt im 4. Abschnitt des § 4 einen weiteren Teil und in § 6 die Abschnitte 2 und 3 übernommen. Hartmut Guhling hat nach Werner Gutdeutsch die Bearbeitung in § 5 zu Rangverhältnissen und Mangelfällen fortgeführt.

Mit Regina Bömelburg, Hans-Joachim Dose, Peter Gerhardt, Hartmut Guhling, Werner Gutdeutsch, Frank Klinkhammer, Dietrich Schmitz, Nicole Siebert, Ulrich Spieker und Christine Wönne besteht das Autorenteam aus besonders qualifizierten Praktikern mit langjähriger fundierter familienrichterlicher Erfahrung.

Die Autoren bedanken sich für die zahlreichen Hinweise, die sie aus dem Kreis der Leser erreicht haben, und bitten darum, auch die Neuauflage kritisch zu begleiten. Unseren Familien, die unter der zeitraubenden Autorentätigkeit besonders leiden mussten, danken wir herzlich für Ihre Geduld und das Verständnis, dass sie uns entgegengebracht haben. Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Lektorats für die Koordinierung und die verständnisvolle Unterstützung unserer Arbeit.

Im Juni 2019 Hans-Joachim Dose

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

	Seiten
Inhaltsverzeichnis zu §§ 1–10 (mit Verweisen auf die Randnummern)	IX
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Hinweise für die Benutzung der 10. Auflage	XLIX
§ 1 Die Ermittlung des unterhaltsrechtlich relevanten Einkommens	1
§ 2 Kindes-, Eltern- und sonstiger Verwandtenunterhalt	485
§ 3 Familienunterhalt	767
§ 4 Ehegattenunterhalt	803
§ 5 Rangverhältnisse und Mangelfälle	1191
§ 6 Sonderfragen	1253
§ 7 Unterhalt zwischen nicht verheirateten Eltern und zwischen Lebenspartnern	1371
§ 8 Unterhalt und Sozialleistungen	1469
§ 9 Auslandsberührung	1577
§ 10 Verfahrensrecht	1805
Anhang D: Düsseldorfer Tabelle 2011	2161
Anhang R: Rechtsprechungsauszüge	2171
Register der auszugsweise abgedruckten Entscheidungen	2519
Sachverzeichnis	2525

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Benutzungshinweise XLIX
Abkürzungsverzeichnis XLVII

§ 1 Die Ermittlung des unterhaltsrechtlich relevanten Einkommens

1. Abschnitt: Überblick und Grundlagen

I. Der Unterhaltsanspruch 1
1. Unterhaltsberechtigungen 1
2. Struktur des Unterhaltsanspruchs 8
3. Prüfungsschema 9
4. Höhe des Unterhalts und Zahlungsweise 10
5. Härteregelungen 13
6. Unterhalt und Sozialhilfe 14
7. Gerichtliches Verfahren 15
II. Zu den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte 16
1. Die Bedeutung von Tabellen und Leitlinien in der Praxis 16
2. Düsseldorfer Tabelle zum Unterhaltsbedarf 19
3. Oberlandesgerichtliche Leitlinien zum Unterhaltsrecht 20
III. Zum anrechenbaren monatlichen Nettoeinkommen 21
1. Grundsatz der unterschiedslosen Erfassung aller Einkünfte aus allen Einkommensarten 22
2. Zur Berechnung des anrechenbaren Nettoeinkommens 23
3. Zum monatlichen Nettoeinkommen 24
4. Zur Berücksichtigung von Abfindungen und einmaligen höheren Zuwendungen 29
IV. Unterschiedliche Berücksichtigung der Einkünfte bei der Berechnung des Kindesunterhalts und des Ehegattenunterhalts 31
1. Berücksichtigung der Einkünfte beim Kindesunterhalt 31
2. Berücksichtigung der Einkünfte beim Ehegattenunterhalt 33
3. Zusammenfassendes Ergebnis 41
V. Ermittlung der unterhaltsrechtlich relevanten Einkünfte anhand steuerrechtlicher Unterlagen 42
1. Darlegungen der Beteiligten zum unterhaltsrechtlich relevanten Einkommen 42
2. Richterliche Ermittlung unterhaltsrechtlich relevanter Einkünfte und Vorlage von Unterlagen 45
3. Unterhaltsrechtliche Relevanz steuerrechtlich erfasster Einkünfte 47
4. Steuerrechtliche und unterhaltsrechtliche Einkunftsarten 51
5. Gliederung der unterhaltsrechtlich relevanten Einkünfte 54

2. Abschnitt: Einkünfte aus abhängiger Arbeit sowie Nebeneinkünfte und Lohnersatzleistungen bei oder nach einem bestehenden Arbeitsverhältnis

I. Überblick 65
1. Bruttoeinnahmen und berufsbedingte Aufwendungen 65
2. Nicht berufsbedingte Aufwendungen 68
II. Der Prüfungszeitraum 69
III. Typische Bruttoeinnahmen 74
1. Barbezüge aller Art 74
2. Zweckbestimmte Entgelte für berufsbedingte Mehraufwendungen wie Spesen, Reisekosten und Auslösungen 78

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

3. Die Leitlinien zu den Spesen, Reisekosten, Auslösen 85
4. Vergütungen und Zuschläge für Überstunden, Mehrarbeit, Urlaubsabgeltung und sonstige überobligatorische Belastungen, wie bei Zuschlägen für Schicht-, Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit sowie bei Zulagen für Schmutz-, Schwer- und Schwerstarbeit 86
5. Sachbezüge, dh zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers, die in einem geldwerten Vorteil bestehen 91
6. Einmalige Zahlungen und Sonderzuwendungen wie zB Abfindungen uÄ 93
7. Einkünfte aus Nebentätigkeiten und sonstiger Zweitarbeit neben einer hauptberuflichen Tätigkeit 96
8. Sozialleistungen mit Lohnersatzfunktion 105
IV. Berufs- und ausbildungsbedingte Aufwendungen 122
1. Berufs- und ausbildungsbedingte Aufwendungen als Abzugsposten 122
2. Zur Pauschalierung berufsbedingter Aufwendungen 124
3. Konkrete Bemessung berufsbedingter Aufwendungen. 132
4. Berechnung von Fahrtkosten 133
5. Zusammenstellung weiterer berufsbedingter oder ausbildungsbedingter Aufwendungen 141
6. Berufsbedingte Aufwendungen, für die Zulagen (Auslands-, Kleider-, Schmutzzulagen) oder ähnliche Entgelte (Aufwandsentschädigungen, Spesen, Reisekosten) gezahlt werden 153

3. Abschnitt: Gewinneinkünfte – Einkommensermittlung durch Betriebsvermögensvergleich

I. Die steuerlichen Gewinnermittlungsarten 160
II. Einkünfte aus Gewerbebetrieb 162
1. Definition im Einkommensteuergesetz 162
2. Umfang der Einkünfte aus Gewerbebetrieb 163
3. Gesetzliche Grundlagen der Gewinnermittlung 166
4. Ausnahmeregelungen 168
III. Der Jahresabschluss 169
1. Die Elemente des Jahresabschlusses 169
2. Handelsbilanz 170
3. Das Eigenkapital 172
4. Die Steuerbilanz 178
5. Gewinn- und Verlustrechnung 180
6. Anhang und Lagebericht 182
IV. Die Doppelte Buchführung 183
1. Vorbemerkung 183
2. Grundzüge der doppelten Buchführung 184
3. Buchungen auf Bestandskonten 188
4. Buchungen auf Erfolgskonten 192
5. Die Gewinn- und Verlustrechnung 194
6. Das Privatkonto oder das variable Kapitalkonto 196
7. Entwicklung des Jahresabschlusses aus der Buchführung 200
V. Die steuerliche Behandlung des Anlagevermögens 202
1. Definition 202
2. Arten des Anlagevermögens 203
3. Anschaffungskosten in der Bilanz 204
4. Absetzung für Abnutzung in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung 205
5. Lineare AfA 209
6. Degressive AfA 211
7. Sonderabschreibungen, und Investitionsabzugsbetrag 213

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

8. Sofortabschreibung bei geringwertigen Wirtschaftsgütern 215
9. Veräußerungserlöse 216
10. Finanzierung 219
11. Investitionszulagen 220
12. Investitionszuschüsse 221
VI. Unterhaltsrechtlich relevante Merkmale der Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich 222
1. Periodengerechte Gewinnermittlung 222
2. Wareneinkauf, Bestandsveränderungen und Inventur 234
3. Betriebsvermögen 236
VII. Entnahmen und Einlagen 237
1. Entnahmen 237
2. Einlagen 243

4. Abschnitt: Sonstige Gewinneinkünfte – Einkommensermittlung durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung und nach Durchschnittssätzen sowie das Einkommen von Personengesellschaften

I. Einnahmen-Überschuss-Rechnung 250
1. Gesetzliche Grundlagen und Personenkreis 250
2. Methode der Gewinnermittlung 253
3. Steuerliche Unterlagen 255
4. Unterschiede zur Gewinn- und Verlustrechnung 257
II. Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen 266
1. Zum Personenkreis und zur Einkommensermittlung 266
2. Die Ermittlung der Durchschnittssätze 267
III. Einkommensermittlung durch Schätzung 269
IV. Wechsel der Gewinnermittlungsart 270
V. Ermittlung des Einkommens aus Beteiligung an Gesellschaften 271
1. Gesetzliche Grundlagen und Personenkreis 271
2. Gesonderte und einheitliche Gewinnfeststellung bei Mitunternehmerschaften 275
3. Betriebsverpachtung und Betriebsaufspaltung 279

5. Abschnitt: Gewinneinkünfte im Unterhaltsrecht

I. Vorbemerkung 300
1. Verwertbarkeit steuerlicher Einkommensermittlung im Unterhaltsrecht 300
2. Vorbehalt der Nachprüfung 302
3. Steuerliche Außenprüfung (Betriebsprüfung) 303
4. Steuerhinterziehung 304
II. Steuerrechtlich und unterhaltsrechtlich irrelevante Aufwendungen 305
III. Unterhaltsrechtlich relevante Unterschiede zwischen Gewinn- und Verlustrechnung und Einnahmen-Überschuss-Rechnung 307
IV. Unterhaltsrechtliche Bewertung der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen und durch Schätzung 309
1. Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen 309
2. Steuerliche Gewinnschätzungen 310
3. Einkünfte des Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH 311
4. unterhaltsrechtliche Ausschüttungsobliegenheit 314
5. Gestaltungsmißbrauch – Korrektur inkongruenter Gewinnausschüttungen 314
V. Posten der Gewinn- und Verlustrechnung und der Einnahmen-Überschuss-Rechnung nach unterhaltsrechtlichen Kriterien 314
1. Erträge/Einnahmen 314
2. Aufwand/Betriebsausgaben 330

beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

VI. Bilanzposten in unterhaltsrechtlicher Betrachtung 380
1. Vorbemerkung 380
2. Anlagevermögen 382
3. Umlaufvermögen 383
4. Forderungen und Verbindlichkeiten 384
5. Anzahlungen 386
6. Rechnungsabgrenzungsposten 387
7. Rückstellungen und Rücklagen 388
8. Wertberichtigungen 391
9. Kapital 392
10. Privatentnahmen und Privateinlagen 393
11. Investitionszulagen und Investitionszuschüsse 394
VII. Steuerliche Korrekturen außerhalb der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung 395
VIII. Berechnung des unterhaltsrechtlichen Einkommens 420
1. Prüfungszeitraum 420
2. Berücksichtigung von Verlusten aus anderen Wirtschaftsjahren 421
3. Berücksichtigung außerbetrieblicher Aufwendungen 422
4. Berücksichtigung des Übergangsgewinns beim Wechsel der Gewinnermittlungsart 423
IX Auskunfts- und Belegpflichten 424
1. Allgemeines 424
2. Besonderheiten des Auskunftsanspruchs gegenüber Gewerbetreibenden und Selbstständigen 425
3. Besonderheiten des Beleganspruchs gegenüber Gewerbetreibenden und Selbstständigen 429
4. Besonderheiten bei Personengesellschaften 435
5. Auskünfte von Land- und Forstwirten 436
6. Auskunftspflichten bei Schätzungen 437
X Alternative Methoden der Einkommensermittlung 438
1. Entnahmen als Grundlage der Einkommensermittlung 438
2. Cash flow 442
3. Fazit 443

6. Abschnitt: Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie aus einem Wohnvorteil

I. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung 450
1. Zur Einkunfts- und Gewinnermittlungsart 450
2. Einnahmen 453
3. Abziehbare Ausgaben 455
4. Verluste 459
5. Zurechnung von Mieteinnahmen aus einem gemeinsamen Objekt und fiktive Mieteinnahmen aus unterlassener zumutbarer Vermietung 460
6. Eigene Mietkosten 468
II. Der Wohnvorteil beim Wohnen im eigenen Haus 473
1. Der Wohnvorteil als unterhaltsrechtlich zu berücksichtigender Vermögensvorteil 473
2. Die unterhaltsrechtliche Bewertung des Wohnvorteils beim Ehegattenunterhalt 477
3. Abziehbare Hauslasten, Instandhaltungskosten und Annuitätsleistungen vom Wohnwert 498
4. Eigenheimzulage und sonstige staatliche Fördermittel 519
5. Abzug von Hausschulden, die den Wohnwert übersteigen 520
6. Nutzungsvergütung 528
7. Unterhaltsrechtliche Auswirkung eines Wohnvorteils beim Ehegattenunterhalt 535

fachshop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

8. Wohnvorteil und Unterhalt nach Veräußerung des Familienheims 557
9. Unterhaltsrechtliche Auswirkungen des Wohnwerts beim Verwandtenunterhalt 571

7. Abschnitt: Einkünfte aus Vermögen, Verwertung des Vermögensstamms und fiktive Einkünfte bei unterlassener zumutbarer Vermögensnutzung bzw. unterlassener Verwertung des Vermögensstamms

I. Einkünfte aus Vermögen 600
1. Vermögenserträge 600
2. Anrechnung von Vermögenseinkünften 601
3. Ermittlung der Vermögenserträge 604
4. Einkünfte aus Kapitalvermögen 605
5. Einkünfte aus Grundstücken 606
II. Zur Verwertung des Vermögensstamms 607
1. Obliegenheit zur Verwertung des Vermögensstamms auf Grund einer Billigkeitsabwägung 607
2. Verwertung des Vermögensstamms des Berechtigten beim nachehelichen Unterhalt (§ 1577 III BGB) 611
3. Verwertung des Vermögensstamms des Berechtigten beim Trennungsunterhalt 614
4. Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltspflichtigen beim nachehelichen Unterhalt (§ 1581 S. 2 BGB) 617
5. Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltspflichtigen beim Trennungsunterhalt 618
6. Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltspflichtigen beim Kindesunterhalt 619
7. Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltsberechtigten beim Kindesunterhalt 621
8. Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltspflichtigen beim Elternunterhalt 622
9. Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltsberechtigten beim Elternunterhalt 624
10. Vermögensverwertung beim Unterhaltsanspruch aus Anlass der Geburt 625
11. Verwertung von Grundstücken 626
12. Verwertung des ausgezahlten Kapitals einer Lebensversicherung 629
III. Zurechnung fiktiver Erträge bei unterlassener zumutbarer Vermögensnutzung oder Vermögensverwertung 632
1. Fiktive Zurechnung erzielbarer Erträge im Rahmen einer Obliegenheit zur Erzielung von Vermögenserträgen oder zur Vermögensverwertung 632
2. Obliegenheiten bei Immobilien 635
3. Obliegenheiten bei Barvermögen, wie Sparguthaben, Zugewinnausgleichszahlungen oder Veräußerungserlösen 636
4. Obliegenheit zur Vermögensumschichtung 637
5. Obliegenheit zur Belastung eines vorhandenen Vermögens, zur Kreditaufnahme und zur Einziehung von Forderungen 640
6. Obliegenheit zur Verwertung von Erbanteilen und Pflichtteilsrechten . 642
7. Höhe der fiktiv zurechenbaren Erträge 644

8. Abschnitt: Einkünfte aus Pensionen, Renten und ähnlichen wiederkehrenden Bezügen Nichterwerbstätiger

1. Allgemeines 646
2. Arten von Versorgungsbezügen und Renten nebst Zulagen und Zuschlägen 649
3. Berücksichtigung von konkretem Mehrbedarf und Mehraufwand 652

beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

4. Berücksichtigung von Nebeneinkünften 658
5. Berücksichtigung eines Rentenanspruchs ab Antragstellung sowie einer Rentennachzahlung 660

9. Abschnitt: Sonstige Einkünfte aus sozialstaatlichen Zuwendungen, freiwilligen Zuwendungen Dritter, Versorgungsleistungen des Berechtigten für seinen neuen Partner, aus Unterhaltsleistungen, Schmerzensgeld sowie nicht anzurechnende Vermögensvorteile

I. Sozialstaatliche Zuwendungen wie Wohngeld, BAföG, Pflege- und Erziehungsgeld, Kindergeld, Ausbildungsbeihilfen und -geld sowie Leistungen nach §§ 41 ff. SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) 664
1. Allgemeines (vgl. auch § 8 Rn. 1 ff. (Unterhalt und Sozialleistungen) und § 8 Rn. 262 ff. (Unterhaltsvorschuss). 664
2. Zur Anrechnung von Wohngeld und Baukindergeld 665
3. Zur Anrechnung von BAföG-Leistungen. 670
4. Kindergeld und Kinderzuschlag nach § 6a BKGG 677
5. Pflege- und Erziehungsgeld nach SGB VIII, Pflegegeld für Pflegepersonen nach SGB XI, Pflegegeld nach SGB XII, Leistungen nach dem Stiftungs- und dem Kindererziehungsleistungsgesetz 689
6. Ausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld nach dem Arbeitsförderungsrecht (SGB III = AFG). 701
7. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41 ff. SGB XII). 703
II. Freiwillige unentgeltliche Zuwendungen eines Dritten 708
III. Zuwendungen eines neuen Partners an den Berechtigten sowie Gegenleistungen des Berechtigten an den neuen Partner 712
1. Allgemeines 712
2. Zur Anrechnung von Leistungen des neuen Partners. 713
3. Zur fiktiven Anrechnung einer angemessenen Vergütung für Versorgungsleistungen des Unterhaltsberechtigten 715
4. Zur Bemessung der angemessenen Vergütung. 717
5. Zur Wohnungsgewährung durch den neuen Partner 719
IV. Unterhaltsleistungen als anrechnungsfähiges Einkommen 721
1. Grundsatz 721
2. Ausnahmen. 722
V. Schmerzensgeld. 726
VI. Zu den nicht als Einkommen anzurechnenden Geldeinkünften 727

10. Abschnitt: Fiktives Einkommen aus unterlassener zumutbarer Erwerbstätigkeit

I. Zurechnung fiktiver Einkünfte beim Unterhaltsschuldner 735
1. Allgemeine Grundsätze 735
2. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen bei leichtfertig herbeigeführter Einkommensminderung durch Arbeitsaufgabe, Berufswechsel, Selbständigkeit oder sonstige berufliche Veränderung . . 743
3. Unterhaltsbemessung bei nicht leichtfertig herbeigeführter Einkommensminderung. 753
4. Bedarfsbemessung auf der Grundlage von fiktiv zugerechneten Einkünften des Unterhaltspflichtigen 761
5. Arbeitsplatzaufgabe wegen beruflicher Weiterbildung oder Zweitausbildung 767
6. Fiktives Einkommen bei Selbständigen. 769
7. Fiktives Einkommen bei Arbeitsplatzverlust infolge von Straftaten, sonstigen Verfehlungen oder Alkoholmissbrauch 770

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

8. Fiktives Einkommen bei unentgeltlichen oder unterbezahlten Dienstleistungen gegenüber Dritten . . . 772
II. Zurechnung fiktiver Einkünfte beim Berechtigten . . . 773
1. Bedürftigkeitsminderung durch Zurechnung fiktiver Einkünfte bei unterlassener zumutbarer Erwerbstätigkeit . . . 773
2. Zumutbare Erwerbstätigkeiten des Berechtigten . . . 778
III. Ernsthafte Bemühungen um eine Erwerbstätigkeit und reale Beschäftigungschancen . . . 782
1. Ernsthafte Bemühungen um eine Arbeitsstelle . . . 782
2. Reale Beschäftigungschance auf dem Arbeitsmarkt . . . 784
3. Darlegungs- und Beweislast zu den Arbeitsbemühungen und zur Beschäftigungschance . . . 786
IV. Krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit . . . 787
1. Krankheitsbedingte Erwerbsunfähigkeit und Pflicht zur Wiederherstellung der Arbeitskraft . . . 787
2. „Rentenneurose“ des Berechtigten . . . 791
V. Bemessung und Dauer der fiktiven Einkünfte . . . 793
1. Zur Bemessung fiktiver Einkünfte . . . 793
2. Zur Dauer fiktiver Einkünfte . . . 796
3. Vorsorgeunterhalt . . . 797

11. Abschnitt: Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit

I. Grundsatz . . . 800
1. Abgrenzung zumutbare und unzumutbare Tätigkeit . . . 800
2. Erwerbstätigkeit trotz Betreuung kleiner Kinder . . . 803
II. Unzumutbare Tätigkeit beim Berechtigten . . . 815
1. Unzumutbare Tätigkeit beim Ehegattenunterhalt . . . 815
2. Anrechnung nach § 1577 II BGB beim Ehegattenunterhalt . . . 821
3. Anrechnung bei Kindern . . . 825
4. Anrechnung bei Ansprüchen nach § 1615l BGB . . . 827a
III. Anrechnung von Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit beim Verpflichteten . . . 828
1. Einkünfte des Verpflichteten aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit . . . 828
2. Zur Anrechnung solcher Einkünfte . . . 835

12. Abschnitt: Unterhalt und Einkommensteuer

I. Einführung . . . 850
1. Besteuerung von Ehe und Familie und Grundgesetz . . . 850
2. Unterhaltsrechtliche Relevanz von Steuern . . . 853
3. Steuersätze . . . 857
4. Einkommensteuergesetz, Richtlinien und amtliche Hinweise . . . 864
II. Grundbegriffe des Einkommensteuerrechts . . . 870
1. Steuerpflicht . . . 870
2. Umfang der Besteuerung und Ermittlung des zu versteuernden Einkommens . . . 874
3. Überblick über wichtige Abzugsposten von der Summe der Einkünfte oder dem Gesamtbetrag der Einkünfte . . . 876
4. Die Entstehung und die Höhe der Einkommensteuer . . . 887
5. Vorauszahlungen . . . 890
6. Abzugssteuern . . . 892
III. Besteuerung von Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit . . . 900
1. Einkommensermittlung . . . 900
2. Lohnsteuerklassen . . . 907
3. Freibeträge . . . 911

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

IV. Einkommensteuerveranlagung nach steuerrechtlichen Kriterien 915
1. Veranlagungsarten im Einkommensteuergesetz 915
2. Einzelveranlagung 916
3. Ehegattenveranlagung 917
4. Verfahren 927
5. Gesamtschuld und Haftungsbeschränkung 930
6. Erstattung von Steuern 931
V. Unterhaltsrechtliche Kriterien für die Steuerveranlagung 935
1. Frühere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes 935
2. Aktuelle Rechtsprechung 936
3. Zusammenfassung der Grundsätze und Musterberechnungen 943
VI. Die Abzugsfähigkeit von Unterhaltslasten beim Einkommen 950
1. Realsplitting 950
2. Unterhaltszahlungen als außergewöhnliche Belastung 963
VII. Berücksichtigung der Steuerbelastung beim unterhaltsrechtlichen Einkommen 970
1. Grundlagen 970
2. Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes 971
3. Ermittlung der unterhaltsrechtlich abzugsfähigen Steuern nach dem In-Prinzip 979
VIII. Steuerfragen bei Unterhalt, Zugewinn und Vermögen 995
1. Doppelberücksichtigung von Steuerschulden und Forderungen 995
2. Steuerprobleme bei der Übertragung von Einkommensquellen 996

13. Abschnitt: Berechnung des bereinigten Nettoeinkommens durch unterhaltsrechtlich relevante Abzüge

I. Überblick zu den relevanten Abzügen 1000
1. Das bereinigte Nettoeinkommen 1000
2. Die Abzugsposten im Einzelnen: 1007
II. Abzug von Steuern 1009
1. Abzug der tatsächlich angefallenen Steuern 1009
2. Eintragung von Freibeträgen 1012
3. Wiederverheiratung des Pflichtigen 1014
4. Fiktive Berechnung 1018
5. Realsplitting 1023
6. Zusammenveranlagung 1026
III. Abzug von Vorsorgeaufwendungen 1029
1. Bei Nichtselbstständigen 1029
2. Bei Selbstständigen und Gewerbetreibenden 1036
3. Krankenversicherungs- und Vorsorgeunterhalt 1039
4. Kindesunterhalt 1041
IV. Berufsbedingte Aufwendungen 1042
1. Bei Gewinnermittlung 1042
2. Bei Einkünften aus Kapital und Vermietung und Verpachtung 1043
3. Bei Renten, Pensionen 1044
4. Bei Nichtselbstständigen 1045
V. Kinderbetreuungskosten und Betreuungsbonus 1053
1. Kinderbetreuungskosten beim Ehegattenunterhalt 1053
2. Betreuungsbonus 1058
3. Berücksichtigungswürdigkeit beim Bedarf 1062
4. Verwandtenunterhalt und Ansprüche nach § 1615l BGB 1063
VI. Berücksichtigung eines Mehrbedarfs für Krankheit, Behinderung und Alter 1064
1. Mehrbedarf und Mehrbedarfsfälle 1064
2. Berücksichtigung eines Mehrbedarfs 1068

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

VII. Berücksichtigung von Schulden 1072
1. Zur Problematik der Berücksichtigung von Schulden sowie zu Regelungen in den Leitlinien 1072
2. Abzug berücksichtigungswürdiger Schulden bei der Bedarfsermittlung des Ehegattenunterhalts 1082
3. Berücksichtigungswürdige Schulden im Rahmen der Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit 1103
4. Berücksichtigung von Schulden beim Verwandtenunterhalt 1105
5. Verbraucherinsolvenz bei Überschuldung 1118
VIII. Nur beim Ehegattenunterhalt und sonstigem Verwandtenunterhalt zu berücksichtigende Abzüge 1121
1. Kindesunterhalt und sonstige Unterhaltslasten 1121
2. Vermögenswirksame Leistungen des Pflichtigen 1134

14. Abschnitt: Der Anspruch auf Auskunft und Vorlage von Belegen

I. Der Auskunftsanspruch 1150
1. Allgemeiner Überblick 1150
2. Auskunft beim Ehegattenunterhalt 1158
3. Auskunft beim Kindesunterhalt 1160
4. Auskunft beim Elternunterhalt 1162
5. Auskunft beim Unterhaltsanspruch aus Anlass der Geburt (§ 1615l BGB) 1163
II. Die Auskunftserteilung 1164
1. Die systematische Aufstellung 1164
2. Der Zeitraum 1170
3. Die Kosten 1171
4. Zur Häufigkeit 1172
5. Schadensersatzanspruch bei Verstoß gegen die Auskunftspflicht 1175
III. Vorlage von Belegen über das Einkommen 1176
1. Allgemeines 1176
2. Der Umfang der Vorlagepflicht 1177
IV. Die Vollstreckung von Titeln zur Auskunft und zur Vorlage von Belegen 1188
1. Vollstreckungsfähige Titel 1188
2. Die Art der Vollstreckung 1191
V. Die eidesstattliche Versicherung 1195
1. Voraussetzungen 1195
2. Die Durchsetzung des Anspruchs 1198
VI. Die Verpflichtung zu ungefragten Informationen 1199
1. Voraussetzungen 1199
2. Die Folgen des Verschweigens 1202

§ 2 Kindes-, Eltern- und sonstiger Verwandtenunterhalt

A. Kindesunterhalt

1. Abschnitt: Grundlagen

I. Entstehung und Dauer des Unterhaltsanspruchs 1
1. Eltern-Kind-Verhältnis 1
2. Übersicht über die wichtigsten Anspruchsvoraussetzungen und Einwendungen gegen den Anspruch 7
3. Beginn und Ende des Unterhaltsanspruchs 12
II. Unterhaltsarten 16
1. Bar-, Betreuungs- und Naturalunterhalt 16
2. Gleichwertigkeit von Bar- und Betreuungsunterhalt 20
3. Verhältnis des Minderjährigen- zum Volljährigenunterhalt 28

beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

III. Bestimmungsrecht der Eltern 32
1. Bestimmungsrecht 32
2. Bestimmungsberechtigung 38
3. Wirksamkeit der Unterhaltsbestimmung 44
4. Verfahren 50

2. Abschnitt: Bedürftigkeit des Kindes

I. Unvermögen des Kindes, sich selbst zu unterhalten 51
1. Nichterwerbspflichtige Kinder 51
2. Ausbildungsbedürftige Kinder 54
3. Erwerbspflichtige Kinder 57
4. Erwerbspflicht des Kindes trotz Schwangerschaft oder Betreuung eines eigenen Kindes 59
II. Ausbildungsunterhalt 68
1. Ausbildungsanspruch 68
2. Berufswahl 71
3. Ausbildungsverpflichtungen des Kindes und Ausbildungsdauer 77
4. Finanzierung einer Zweitausbildung 91
5. Weiterbildung, insbesondere Studium nach einer praktischen Ausbildung 97
III. Einkommen und Vermögen des Kindes 107
1. Anrechenbare Einkünfte des Kindes 107
2. Anrechnung einer Ausbildungsvergütung 112
3. Anrechnung von Einkommen auf Barunterhalt und auf Betreuungsunterhalt 118
4. Freiwillige Zuwendungen eines Dritten oder eines Elternteils 121
5. Berücksichtigung des Kindesvermögens 132

3. Abschnitt: Barbedarf des Kindes

I. Bedarfsbemessung nach der von den Eltern abgeleiteten Lebensstellung des Kindes 200
1. Lebensstellung des Kindes und Unterhaltsbedarf 200
2. Einkommen als Kriterium der Lebensstellung der Eltern 205
3. Einkommensverhältnisse der Eltern im Unterhaltszeitraum 210
4. Bedarfsbemessung bei alleiniger Barunterhaltspflicht eines Elternteils . . 211
5. Bedarfsbemessung bei Barunterhaltspflicht beider Eltern 213
II. Regelbedarf, regelmäßiger Mehrbedarf und Sonderbedarf 216
1. Pauschalierung des Kindesunterhalts nach Tabellen 216
2. Mindestbedarf und Existenzminimum 221
3. Bedarfsbemessung bei besonders günstigen Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Eltern 226
4. Regelmäßiger Mehrbedarf 232
5. Sonderbedarf 237

4. Abschnitt: Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen

I. Leistungsfähigkeit und Eigenbedarf des Unterhaltsschuldners 239
II. Anrechenbare Einkünfte des Schuldners 241
1. Tatsächliche Einkünfte 241
2. Fiktive Einkünfte 243
3. Unterhaltsleistungen als anrechenbare Einkünfte 247
III. Berücksichtigung sonstiger Verpflichtungen des Schuldners 257
1. Schulden und Verbraucherinsolvenz 257
2. Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Unterhaltsansprüche anderer Berechtigter; Mangelfälle 262

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

3. Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Betreuung eines anderen unterhaltsberechtigten Kleinkindes 269
4. Minderung der Leistungsfähigkeit durch Umgangskosten 271
IV. Leistungsfähigkeit eines Elternteils bei Übernahme der Haushaltsführung nach Wiederverheiratung oder Begründung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft („Hausmannrechtsprechung") 275
1. Erwerbsobliegenheit des wiederverheirateten, haushaltsführenden Ehegatten gegenüber gleichrangigen Berechtigten, insbesondere gegenüber minderjährigen Kindern aus erster Ehe 275
2. Umfang der Erwerbsobliegenheit des haushaltsführenden Ehegatten; Verpflichtungen des neuen Partners 283
3. Bemessung der dem Verpflichteten anzurechnenden (fiktiven) Nebeneinkünfte 288
4. Unterhaltspflicht des haushaltsführenden Elternteils gegenüber einem volljährigen Kind 291
5. Hausmannrechtsprechung bei Übernahme der Haushaltsführung in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft 296

5. Abschnitt: Der Unterhaltsanspruch minderjähriger Kinder

I. Besonderheiten beim Unterhalt minderjähriger Kinder 299
II. Grundsätze der Bemessung des Bedarfs minderjähriger Kinder 309
1. Der Unterhalt des nichtehelichen Kindes bis zum 30.6.1998. 309
2. Die Bedarfsbemessung bei ehelichen und nichtehelichen Kindern seit dem 1.7.1998. 310
III. Die Düsseldorfer Tabelle und die ehemaligen Vortabellen für das Beitrittsgebiet 315
1. Vorbemerkung 315
2. Die Düsseldorfer Tabelle, Stand: 1.1.2019/1.1.2018/1.1.2017/1.1.2016/1.1.2015 319
3. Allgemeines zur Anwendung der Düsseldorfer Tabelle 323
4. Zu- oder Abschläge bei den Bedarfssätzen. 343
5. Der Bedarfskontrollbetrag 351
IV. Dynamischer Unterhalt nach dem Mindestunterhalt 358
V. Leistungsfähigkeit der Eltern beim Unterhalt minderjähriger Kinder 366
1. Gesteigerte Unterhaltsverpflichtung der Eltern nach § 1603 II 1 BGB . 366
2. Notwendiger Selbstbehalt bei gesteigerter Unterhaltspflicht 380
3. Die Bemessung des notwendigen Selbstbehalts nach den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte 384
4. Keine gesteigerte Unterhaltsverpflichtung bei Vorhandensein eines anderen leistungsfähigen Verwandten 394
VI. Alleinige Barunterhaltspflicht eines Elternteils oder Beteiligung beider Eltern am Barunterhalt 410
1. Alleinige Barunterhaltspflicht eines Elternteils 410
2. Barunterhaltspflicht des betreuenden Elternteils. 416
3. Anteilige Barunterhaltspflicht beider Eltern nach § 1606 III 1 BGB . . . 418
4. Unterhalt bei Geschwistertrennung 440
5. Kindesunterhalt bei gemeinsamer elterlicher Sorge und Wechselmodell 447
VII. Mehrbedarf minderjähriger Kinder 451
1. Berechtigung des Mehrbedarfs. 451
2. Berechnung des geschuldeten Unterhalts bei berechtigtem Mehrbedarf 460
3. Mehrbedarf des behinderten minderjährigen Kindes. 463

6. Abschnitt: Der Unterhaltsanspruch volljähriger Kinder

I. Besonderheiten beim Unterhalt volljähriger Kinder 468
II. Bedürftigkeit des volljährigen Kindes. 481

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

1. Auswirkungen der Volljährigkeit auf die Bedürftigkeit 481
2. Unterhalt bei Wehr- oder Ersatzdienst, freiwilligem sozialem Jahr 486
3. Anrechnung von Einkommen, Vermögen und Kindergeld. 490
III. Bedarf des volljährigen Kindes 499
1. Lebensbedarf und Bedarfsbemessung. 499
2. Bedarf von Studenten und Kindern mit eigenem Haushalt. 508
3. Bedarf von Schülern, Studenten und Auszubildenden, die im Haushalt eines Elternteils leben 518
4. Regelmäßiger Mehrbedarf des volljährigen Schülers, Studenten oder Auszubildenden 530
5. Bemessung des Bedarfs des Volljährigen, der sich nicht in einer Ausbildung befindet 534
IV. Leistungsfähigkeit der Eltern beim Unterhalt volljähriger Kinder. 536
1. Grundsätzlich keine gesteigerte Unterhaltspflicht gegenüber volljährigen Kindern. 536
2. Angemessener Eigenbedarf des Verpflichteten nach § 1603 I BGB und eheangemessener Bedarf nach §§ 1361, 1578 I 1, 1581 BGB 545
3. Bemessung des angemessenen Eigenbedarfs des verpflichteten Elternteils nach den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte . . . 546
4. Berücksichtigung anderweitiger Verpflichtungen, insbesondere vorrangiger Unterhaltsansprüche 556
V. Ermittlung des Haftungsanteils der Eltern nach § 1606 III 1 BGB. 560
1. Anteilige Haftung der Eltern. 560
2. Vergleichbares Einkommen der Eltern 565
3. Einzelheiten der Unterhaltsberechnung und wertende Veränderung des Verteilungsschlüssels 575
4. Darlegungs- und Beweislast für die Haftungsanteile der Eltern 578
VI. Gleichstellung 18–20-jähriger Schüler mit Minderjährigen. 579
1. Problematik der Privilegierung volljähriger Kinder während einer Übergangszeit nach Eintritt der Volljährigkeit. 579
2. Voraussetzungen der Privilegierung volljähriger Schüler nach §§ 1603 II 2, 1609 Nr. 1 BGB. 581
3. Unterhaltsbemessung bei privilegiert volljährigen Kindern 589
VII. Verwirkung des Unterhaltsanspruchs des volljährigen Kindes 601

7. Abschnitt: Kindergeld und Kindesunterhalt

I. Der öffentlich-rechtliche Anspruch auf Kindergeld. 700
1. Rechtsgrundlagen 700
2. Anspruchsvoraussetzungen für Kindergeld nach §§ 62 ff. EStG. 702
3. Kindergeld und Freibeträge nach § 32 VI EStG 707
4. Abzweigung des Kindergeldes 712
5. Ähnliche Sozialleistungen 713
II. Das Kindergeld nach dem bis zum 31.12.2007 geltenden Unterhaltsrecht . 714
III. Die Behandlung des Kindergeldes nach dem Unterhaltsänderungsgesetz . . 716
1. Übersicht über den seit dem 1.1.2008 geltenden Kindergeldausgleich . . 716
2. Hälftige Berücksichtigung des Kindergeldes 718
3. Berücksichtigung des Kindergeldes in voller Höhe. 722
4. Auswirkungen der bedarfsdeckenden Berücksichtigung des Kindergeldes. 727
5. Sonderfragen 731
IV. Verfahrensfragen 736

8. Abschnitt: Sonderprobleme des Kindesunterhalts

I. Auskunftspflichten 751
II. Rangfolge der Unterhaltsberechtigten und Unterhaltsverpflichteten 754

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

III. Vereinbarungen zum Kindesunterhalt 755
1. Allgemeines 755
2. Kein Verzicht auf zukünftigen Kindesunterhalt 758
3. Freistellungsvereinbarungen der Eltern bezüglich des Kindesunterhalts. 762
IV. Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch 767
1. Ausgleich zwischen den Eltern 767
2. Erfüllung einer dem anderen Elternteil obliegenden Unterhaltspflicht . 775
3. Ausgleich von Kindergeld und anderen staatlichen kinderbezogenen Leistungen 780
4. Einschränkungen des familienrechtlichen Ausgleichsanspruchs 783
5. Verzinsung des Ausgleichsanspruchs 786
V. Ersatzhaftung; gesetzlicher Forderungsübergang nach § 1607 BGB 787
1. Reihenfolge der Haftung beim Kindesunterhalt 787
2. Primäre Haftung nachrangig Verpflichteter 788
3. Subsidiäre Haftung nachrangig Verpflichteter 797
4. Unterhaltsleistung durch einen Dritten 803
5. Rechtsfolgen des Anspruchsübergangs 805

B. Eltern- und sonstiger Verwandtenunterhalt

1. Abschnitt: Grundlagen

I. Grundfragen zum geltenden Recht 900
II. Gerichtliche Zuständigkeit 901
III. Anspruchsübergang auf Sozialhilfeträger 902

2. Abschnitt: Rangfolge der Verpflichteten und Bedürftigen

I. Vorrangige Haftung des Ehegatten bzw. des Lebenspartners und des nichtehelichen Vaters 907
II. Rangfolge der unterhaltspflichtigen Verwandten 912
III. Ersatzhaftung 914
1. Bedarf des Unterhaltsberechtigten 914
2. Leistungsunfähigkeit des zunächst Unterhaltspflichtigen (§ 1607 I BGB) 915
3. Erschwerte Durchsetzbarkeit des Anspruchs (§ 1607 II BGB) 918
IV. Rangfolge der Bedürftigen 923
V. Darlegungs- und Beweislast bei Rangfragen 924

3. Abschnitt: Das Unterhaltsverhältnis im Einzelnen

I. Das Maß des Unterhalts 926
1. Grundbedarf 926
2. Vorsorgebedarf 927
II. Bedürftigkeit des Berechtigten 929
1. Grundsatz 929
2. Vermögensreserve 930
3. Erwerbsobliegenheit 931
4. Aufwendungen zur Sicherung der Lebensstellung 932
III. Eigenbedarf des Pflichtigen 933
1. Grundsatz der Bemessung des Eigenbedarfs 933
2. Pauschalierte Bemessung des Eigenbedarfs – Selbstbehaltssätze 935
3. Pauschalierte Bemessung im Eltern- und Enkelunterhalt – Selbstbehaltssätze 936
IV. Leistungsfähigkeit 940
1. Aufwendungen zur Absicherung der Lebensstellung 941
2. Abzug von Verbindlichkeiten 943

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

3. Zurechnung fiktiver Einkünfte wegen Verletzung der Erwerbsobliegenheit . . . 946
4. Verpflichtung zum Einsatz des Vermögens durch Verwertung . . . 947
V. Beschränkung oder Wegfall der Unterhaltsverpflichtung wegen Verwirkung . . . 953
1. Verwirkung gemäß § 1611 BGB . . . 953
2. Verwirkung gemäß § 242 BGB . . . 963

4. Abschnitt: Elternunterhalt im Besonderen

I. Grundsätzliches . . . 964
II. Bedarf des Berechtigten . . . 967
1. Allgemeiner Bedarf – eigener Haushalt . . . 967
2. Bedarf bei Heimunterbringung . . . 968
3. Darlegungs- und Beweislast . . . 971
III. Bedürftigkeit des Berechtigten . . . 972
1. Einkünfte . . . 972
2. Verwertbares Vermögen . . . 973
3. Rückforderungsanspruch des Schenkers gemäß § 528 BGB . . . 975
IV. Leistungsfähigkeit des pflichtigen Kindes . . . 990
1. Angemessener Eigenbedarf . . . 990
2. Einkünfte . . . 992
3. Abzugsfähige Aufwendungen . . . 997
4. Pflicht zur Vermögensverwertung . . . 998
5. Zusätzliche Schutz- und Schongrenzen zu Lasten des Sozialhilfeträgers. 1005
V. Besonderheiten beim Unterhaltsanspruch gegen ein in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebendes Kind . . . 1008
VI. Besonderheiten beim Unterhaltsanspruch gegen ein verheiratetes Kind . . . 1009
1. Haushalt führendes Kind – Taschengeldanspruch – Nebenerwerbstätigkeit . . . 1009
2. Eheangemessener Selbstbehalt – Familienselbstbehalt . . . 1012
3. Bedarf der minderjährigen und privilegiert volljährigen Kinder . . . 1014
4. Vermögensbildung des erwerbstätigen Ehegatten . . . 1016
5. Rechenmethode des BGH . . . 1017
6. Latente Unterhaltslast . . . 1023
7. Darlegungs- und Beweislast . . . 1024

5. Abschnitt: Enkelunterhalt im Besonderen

I. Überblick . . . 1025
1. Allgemeines . . . 1025
2. Anspruch auf Auskunft . . . 1028
3. Beschränkung des Anspruchs auf rückständigen Unterhalt . . . 1029
4. Gerichtliche Zuständigkeit . . . 1030
II. Bedarf und Bedürftigkeit . . . 1031
1. Bedarf des Enkelkindes . . . 1031
2. Bedürftigkeit des Enkelkindes . . . 1034
III. Voraussetzung der Ersatzhaftung von Großeltern . . . 1035
1. Haftung nach § 1607 I BGB . . . 1035
2. Ersatzhaftung nach § 1607 II BGB . . . 1038
3. Darlegungs- und Beweislast . . . 1040
IV. Leistungsfähigkeit und Eigenbedarf der Großeltern . . . 1041
1. Eigenbedarf . . . 1041
2. Leistungsfähigkeit . . . 1042
3. Aufwendungen zur Altersvorsorge . . . 1043
4. Verbindlichkeiten . . . 1044

6. Abschnitt: Oberlandesgerichtliche Leitlinien

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 3 Familienunterhalt

1. Abschnitt: Grundsätzliches

I. Abgrenzung Familienunterhalt, Trennungsunterhalt, nachehelicher Unterhalt . . . 1
II. Art der Unterhaltsgewährung . . . 2

2. Abschnitt: Voraussetzungen des Familienunterhalts

I. Eheliche Lebensgemeinschaft, Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit . . . 7
II. Unterhaltsverpflichtung der Ehegatten und Aufgabenverteilung in der Ehe 12
1. Verpflichtung beider Ehegatten . . . 12
2. Aufgabenverteilung in der Ehe . . . 14
III. Erwerbsobliegenheit der Ehegatten . . . 20

3. Abschnitt: Bemessung des Familienunterhalts, Unterhaltsbeiträge der Ehegatten, Wirtschaftsgeld und Taschengeld

I. Lebensbedarf der Familie . . . 25
1. Angemessener Aufwand . . . 25
2. Schulden . . . 35
3. Unterhaltsansprüche sonstiger Verwandter . . . 36
II. Bemessung des Familienunterhalts und Leistungsfähigkeit . . . 38
1. Finanzieller Bedarf . . . 38
2. Leistungsfähigkeit . . . 43
3. Art und Weise des Familienunterhalts . . . 44
III. Anteilige Beiträge der Ehegatten zum Familienunterhalt . . . 45
1. Gleichwertigkeit der Haushaltstätigkeit . . . 45
2. Allein erwerbstätiger Ehegatte . . . 46
3. Beiderseits erwerbstätige Ehegatten . . . 47
4. Zuverdienst . . . 53
5. Nicht erwerbstätige Ehegatten . . . 54
IV. Wirtschaftsgeld . . . 55
V. Taschengeld . . . 62

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

4. Abschnitt: Konkurrenz mit anderen Unterhaltsansprüchen

I. Vergleichbarkeit des Familienunterhalts und anderer Unterhaltsansprüche . 70
II. Konkurrenz zwischen dem Unterhalt minderjähriger oder privilegiert volljähriger Kinder und dem Familienunterhalt . . . 71
III. Konkurrenz zwischen mehreren Ehegatten . . . 74
1. Änderung der Rangverhältnisse zum 1.1.2008 . . . 74
2. Keine Dreiteilung bei der Ermittlung des Unterhaltsbedarfs . . . 77
3. Bedarf des ersten Ehegatten . . . 79
4. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen bei Wiederverheiratung . . 82
5. Bedarf des nachfolgenden Ehegatten . . . 83
6. Kürzung der Unterhaltsansprüche im Rahmen der Leistungsfähigkeit . . 86
7. Aktualisierung der Rangverhältnisse im Mangelfall . . . 88
8. Konkurrenz des geschiedenen und des beim Verpflichteten lebenden jetzigen Ehegatten . . . 92
9. Angemessenheitskontrolle . . . 98
IV. Konkurrenz zwischen Volljährigen- und Familienunterhalt . . . 99
V. Konkurrierende Ansprüche von Eltern . . . 103
1. Bedürftigkeit eines Elternteils . . . 103
2. Sicherstellung des Familienunterhalts durch das unterhaltspflichtige Kind . . . 104
VI. Konkurrierende Ansprüche bei Geburt eines nichtehelichen Kindes . . . 114

5. Abschnitt: Besonderheiten des Familienunterhalts

I. Keine Identität zwischen Familienunterhalt und Trennungsunterhalt 115
II. Ausgleichsanspruch nach § 1360b BGB 117
III. Unpfändbarkeit des Familienunterhalts 120
IV. Sonderfragen 121

§ 4 Ehegattenunterhalt

1. Abschnitt: Grundlagen

I. Entstehungsgeschichte 1
1. Entwicklung bis zum 30.6.1977 1
2. Rechtslage ab dem 1.7.1977 2
3. Rechtslage ab dem 1.1.2008 3
II. Anwendbarkeit des deutschen Unterhaltsrechts, Unterhaltstatbestände 4
1. Deutsches Internationales Unterhaltsrecht 4
2. Vorrangige Unterhaltsregelungen 4a
3. Unterhaltstatbestände des BGB 5
4. Keine Identität von Familienunterhalt, Trennungsunterhalt und nachehelichem Unterhalt 6
III. Allgemeines zur Struktur der Ansprüche auf Trennungsunterhalt und auf nachehelichen Unterhalt 8
1. Vorliegen eines Unterhaltstatbestands 9
2. Allgemeine Voraussetzungen beim Berechtigten 11
3. Allgemeine Voraussetzung beim Pflichtigen 17
4. Prüfung von Einwendungen und Einreden 20

2. Abschnitt: Der Trennungsunterhalt (§ 1361 BGB)

I. Grundlagen 21
1. Geltungsbereich 21
2. Normzweck 22
3. Bedeutung des Güterstandes 23
II. Voraussetzungen des Trennungsunterhalts 24
III. Getrenntleben 25
1. Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft 26
2. Versöhnungsversuch 30
IV. Bedürftigkeit des Berechtigten 31
1. Erwerbsobliegenheit des bedürftigen Ehegatten nach der Trennung 32
2. Kriterien für die Zumutbarkeitsabwägung 36
3. Zumutbarkeitsabwägung bei Fortsetzung, Ausweitung oder Einschränkung einer bei Trennung bereits ausgeübten Erwerbstätigkeit 50
4. Fiktive Zurechnung erzielbarer Einkünfte 53
5. Anrechenbare Einkünfte des Unterhaltsberechtigten 54
V. Maß des Trennungsunterhalts 60
1. Eheliche Lebensverhältnisse und Bedarfsbemessung beim Trennungsunterhalt 60
2. Maßgeblicher Bemessungszeitpunkt, eheliche Lebensverhältnisse 61
3. Einzelne Bedarfspositionen 65
VI. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen 76
VII. Unterhaltsberechnung 78
VIII. Rangfolge, Konkurrenzen 79
1. Rangfolge des Unterhaltsanspruchs 79
2. Konkurrenzen 80
IX Beginn und Ende des Trennungsunterhalts, Unterhaltsverzicht, Unterhaltsbegrenzung 81
1. Beginn des Anspruchs 81

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2. Ende des Anspruchs 82
3. Unterhaltsverzicht 85
4. Unterhaltsbegrenzung 86
X Verwirkung des Trennungsunterhalts (§§ 1361 III, 1579 BGB) 87
1. Voraussetzungen für die Anwendung der Härteklausel des § 1579 BGB 87
2. Einzelne, beim Trennungsunterhalt häufig geltend gemachte Härtegründe 88
3. Zumutbarkeitsabwägung 94
4. Rechtsfolgen 95
5. Verfahrensrechtliches 96
XI Unterhalt für die Vergangenheit, Rückforderung von Unterhalt 97
1. Unterhalt für Vergangenheit 97
2. Rückforderung von Zuvielleistungen 98
3. Aufrechenbarkeit von Trennungsunterhaltsansprüchen 99
XII Geltendmachung des Trennungsunterhalts, Auskunftsanspruch 99
1. Auskunftsanspruch 99
2. Verfahren 100
3. Darlegungs- und Beweislast 101

3. Abschnitt: Anspruchstatbestände des nachehelichen Unterhalts

I. Allgemeine Grundsätze und Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts 102
1. Allgemeine Grundsätze der Eigenverantwortlichkeit und der nachehelichen Verantwortung 102
2. Allgemeine Voraussetzungen für einen Anspruch auf nachehelichen Unterhalt 105
3. Einheitlicher Anspruch auf nachehelichen Unterhalt 106
4. Einsatzzeitpunkte und Anschlussunterhalt sowie Teilanschlussunterhalt 111
5. Beginn, Ende und Wiederaufleben des nachehelichen Unterhalts 115
6. Sonstige materiell-rechtliche Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts 119
7. Sonstige verfahrensrechtliche Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts 138
II. Angemessene Erwerbstätigkeit im Sinne des § 1574 BGB 139
1. Normzweck und Anwendungsbereich des § 1574 BGB 139
2. Angemessene Erwerbstätigkeit nach § 1574 II BGB, Systematik 141
3. Die einzelnen Kriterien für die Prüfung einer angemessenen Erwerbstätigkeit nach § 1574 II 1 Hs. 1 BGB (1. Stufe) 145
4. Billigkeitsprüfung nach § 1574 II 2 Hs. 2 und S. 2 BGB (2. Stufe) 150
III. Unterhalt wegen Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes nach § 1570 BGB 157
1. Entwicklung des Unterhaltsanspruchs 157
2. Übergangsregelung 159
3. Struktur des Unterhaltsanspruchs nach § 1570 BGB 160
4. Gemeinschaftliches Kind 164
5. Berechtigte Pflege und Erziehung 165
6. Der Betreuungsunterhaltsanspruch bis zum 3. Lebensjahr des Kindes, § 1570 I 1 BGB 167
7. Die Verlängerung des Unterhaltsanspruchs über die Dreijahresfrist hinaus, § 1570 I 2 u. 3 BGB 170
8. Die Verlängerung des Betreuungsunterhalts aus ehe-/elternbezogenen Gründen nach § 1570 II BGB 188
9. Oberlandesgerichtliche Leitlinien zur Erwerbsobliegenheit 193
10. Rechtsprechung zum Umfang der Erwerbsobliegenheit 194
11. Einsatzzeitpunkt 203
12. Begrenzung des Anspruchs aus § 1570 BGB 206

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

13. Privilegierung des Anspruchs aus § 1570 BGB 209
14. Konkurrenzen 210
IV. Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB 214
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen des § 1571 BGB 214
2. Das maßgebende Alter des Berechtigten 216
3. Ursächlichkeit des Alters 223
4. Einsatzzeitpunkte 227
5. Konkurrenzen 233
6. Beschränkung des Anspruchs nach § 1579 BGB 234
7. Begrenzung des Anspruchs nach § 1578b BGB 235
8. Darlegungs- und Beweislast 236
V. Unterhalt wegen Krankheit nach § 1572 BGB 237
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen nach § 1572 BGB 237
2. Krankheit, Gebrechen oder geistige Schwäche 238
3. Krankheitsbedingte Erwerbsunfähigkeit 245
4. Einsatzzeitpunkte 249
5. Konkurrenzen 258
6. Beschränkung des Anspruchs nach § 1579 BGB 260
7. Begrenzung des Anspruchs nach § 1578b BGB 261
8. Darlegungs- und Beweislast, Verfahrensrechtliches 264
VI. Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit nach § 1573 I, III, IV BGB 268
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen nach § 1573 I, III, IV BGB 268
2. Subsidiarität und Konkurrenzen 270
3. Der Unterhaltsberechtigte findet keine angemessene Erwerbstätigkeit . . 272
4. Notwendige Bemühungen um eine angemessene Erwerbstätigkeit 274
5. Ausbildungsobliegenheit 279
6. Folgen einer Verletzung der Obliegenheit aus §§ 1573 I, 1574 III BGB 280
7. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte 281
8. Umfang des Anspruchs 288
9. Dauer des Anspruchs, Erlöschen durch nachhaltige Unterhaltssicherung, Wiederaufleben 289
10. Begrenzung des Anspruchs nach § 1579 BGB 300
11. Zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578b BGB 301
12. Darlegungs- und Beweislast, Verfahrensrechtliches 302
VII. Aufstockungsunterhalt nach § 1573 II BGB 308
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen 308
2. Subsidiarität und Konkurrenzen 314
3. Einkommensgefälle, Ausübung einer angemessenen Erwerbstätigkeit . . 316
4. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte 318
5. Umfang des Anspruchs 322
6. Dauer des Anspruchs, Erlöschen, Wiederaufleben 323
7. Begrenzung des Anspruchs nach § 1579 BGB 325
8. Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Aufstockungsunterhalts nach § 1578b BGB 326
9. Darlegungs- und Beweislast 327
VIII. Ausbildungsunterhalt nach § 1574 III iVm § 1573 I BGB 328
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen 328
2. Erforderlichkeit der Ausbildung 329
3. Erwartung eines erfolgreichen Abschlusses 330
4. Chancen auf dem Arbeitsmarkt 331
5. Beginn, Dauer und Umfang der Ausbildungsobliegenheit, Einsatzzeitpunkte 332
6. Verletzung der Obliegenheit 333
7. Konkurrenzen 336
8. Darlegungs- und Beweislast 337

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

IX Ausbildungsunterhalt nach § 1575 BGB 338
1. Normzweck 338
2. Subsidiarität, Konkurrenzen 339
3. Anwendungsvoraussetzungen des § 1575 I BGB 341
4. Anwendungsvoraussetzungen des § 1575 II BGB 350
5. Umfang des Unterhalts 354
6. Dauer des Unterhalts nach § 1575 I, II BGB 357
7. Obliegenheiten des geschiedenen Ehegatten 361
8. Erwerbslosenunterhalt als Anschlussunterhalt nach § 1575 III BGB iVm § 1573 BGB 364
9. Begrenzung des Unterhaltsanspruchs 365
10. Darlegungs- und Beweislast, Verfahrensrechtliches 367
X Unterhalt aus Billigkeitsgründen nach § 1576 BGB 368
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen 368
2. Ehebedingtheit 369
3. Einsatzzeitpunkt 370
4. Berücksichtigung des Verschuldens am Scheitern der Ehe 371
5. Vorliegen eines sonstigen schwerwiegenden Grundes 372
6. Billigkeitsabwägung 382
7. Dauer und Höhe des Unterhaltsanspruchs 383
8. Rangfolge und Konkurrenzen 384
9. Beweislast 385

4. Abschnitt: Unterhaltsbedarf und Bedarfsbemessung beim Ehegattenunterhalt

I. Unterhaltsbedarf nach den ehelichen Lebensverhältnissen 400
1. Der Unterhaltsbedarf als gesamter Lebensbedarf 400
2. Bedarfsbemessung nach den ehelichen Lebensverhältnissen und fehlende Lebensstandardgarantie 409
3. Gestaltung der ehelichen Lebensverhältnisse durch Einkommen und sonstige Umstände 416
4. Haushaltsführung und Kinderbetreuung in der Ehe 422
5. Wandelbare Verhältnisse und Stichtagsprinzip 426
6. Bedarfsbemessung nach dem zur Deckung des Lebensbedarfs verfügbaren Einkommen 432
7. Vorabzug von Steuern, Vorsorgeaufwendungen, berufsbedingten Aufwendungen, Werbungskosten, Kinderbetreuungskosten und Schulden 437
8. Vorabzug von Unterhaltslasten 440
9. Aufwendungen zur Vermögensbildung 453
10. Konsumverhalten und objektiver Maßstab für die Bedarfsbemessung . . 463
11. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung des prägenden Charakters ehelicher Lebensverhältnisse 467
12. Verbot der Doppelverwertung 480
II. Überblick zu den in der Ehe angelegten und nicht angelegten Einkünften, berücksichtigungswürdigen Ausgaben sowie Änderungen der Einkommensverhältnisse nach Trennung und Scheidung 550
1. Überblick zu den prägenden und nichtprägenden Einkünften 550
2. Normale Einkommensänderungen und vom Normalverlauf erheblich abweichende Einkommensänderungen 557
3. Einkommensänderungen nach der Trennung durch freiwillige Disposition (zB Arbeitsplatzwechsel, Berufswechsel oder berufliche Verselbständigung) 577
4. Einkommensänderungen bei Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit . . 585
5. Aufnahme oder Ausweitung einer zumutbaren Erwerbstätigkeit durch den Berechtigten nach der Trennung 593

beckshop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

6. Einkünfte aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit 596
7. Einkommensänderungen infolge erstmaligem Rentenbezug nach Trennung und Scheidung 598
8. Nutzung des Vorsorgevermögens aus Vorsorgeaufwendungen im Rentenfall 604
9. In der Ehe angelegte und nicht in der Ehe angelegte Einkünfte aus Vermögen 607
10. Fiktive Einkünfte beim Berechtigten und Verpflichteten nach der Trennung 621
11. Gehaltsbestandteile und Familienzuschläge bei Wiederverheiratung 629
12. Ersparnis durch das Zusammenleben und Haushaltsführung für einen neuen Partner 630
13. Bedarfsrelevante Änderungen im Ausgabenbereich 636
14. Neu hinzutretende Unterhaltspflichten 642
15. Zusammentreffen von Erhöhung und Minderung des Einkommens . . . 643
16. Berücksichtigung des Preisindexes der Lebenshaltungskosten 644
III. Halbteilungsgrundsatz, Mindestbedarf und konkrete Bedarfsbemessung . . . 750
1. Halbteilungsgrundsatz 750
2. Mindestbedarf 756
3. Keine Sättigungsgrenze bei der Bedarfsbemessung nach Quote 760
4. Konkrete Bedarfsbemessung 763
5. Bedarfsbemessung nach Ehegattenquoten 772
6. Überblick zu den Quoten bei Einkünften aus Erwerbstätigkeit und sonstigen Einkünften und zur Höhe des Erwerbstätigenbonus 782
7. Unterhaltsberechnung im Grenzbereich zwischen konkretem Bedarf und Quote 789
IV. Berechnungsmethoden 800
1. Unterhaltsberechnung nach der Additionsmethode 800
2. Bedarfsbemessung bei konkurrierendem Gattenunterhalt 805
3. Unterhaltsberechnung nach Differenz- und Anrechnungsmethode 814
4. Methodenwahl 821
5. Auswirkungen des Vorabzugs von Schulden und Kindesunterhalt auf den Erwerbstätigenbonus bei Mischeinkünften 826
6. Quotenunterhalt und die (überholte) Rechtsprechung zum vollen Unterhalt und trennungsbedingten Mehrbedarf 835
7. Quotenunterhalt und Mindestbedarf 837
V. Unterhaltsrechtliche Berücksichtigung eines regelmäßigen Mehrbedarfs . . 840
1. Mehrbedarfsfälle und konkrete Bemessung des Mehrbedarfs 840
2. Unterhaltsberechnung bei Mehrbedarf 846

5. Abschnitt: Vorsorgeunterhalt

I. Vorsorgeunterhalt wegen Alters, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit 855
1. Grundsätzliches, Voraussetzungen, Beginn und Dauer des Vorsorgeunterhalts beim Trennungs- und nachehelichen Unterhalt sowie Verfassungsmäßigkeit 856
2. Geltendmachung und Tenorierung des Vorsorgeunterhalts 862
3. Zweckbestimmung und nicht zweckbestimmte Verwendung des Vorsorgeunterhalts 868
4. Berechnung des Vorsorgeunterhalts aus dem Elementarunterhalt nach der Bremer Tabelle 874
5. Zweistufige und einstufige Berechnung des Elementarunterhalts und Vorrang des Elementarunterhalts gegenüber dem Vorsorgeunterhalt . . . 883
6. Vorsorgeunterhalt bei späteren Abänderungen 894
7. Rechenbeispiel des BGH zum Vorsorgeunterhalt (nach BGH FamRZ 1983, 888) 897

beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

8. Bremer Tabelle zur Berechnung des Altersvorsorgeunterhalts ((muss durch die Neuveröffentlich der Bremer Tabelle für 2019 ersetzt werden)) 898
II. Vorsorgeunterhalt wegen Krankheit 900
1. Voraussetzungen des Krankheitsvorsorgeunterhalts und Krankenversicherungsschutz bei Trennung oder Scheidung 900
2. Berechnung des Krankheitsvorsorgeunterhalts 906
3. Vorabzug der Krankenversicherungsbeiträge und des Krankheitsvorsorgeunterhalts vom Einkommen sowie mehrstufige Berechnung des Elementarunterhalts 911
4. Geltendmachung des Krankheitsvorsorgeunterhalts 923
III. Pflegevorsorgeunterhalt 927

6. Abschnitt: Zur Bedürftigkeit des Berechtigten

I. Unterhaltsbedürftigkeit 928
1. Bedürftigkeit als Unterhaltsvoraussetzung 928
2. Bedürftigkeitsmindernde Anrechnung der Einkünfte des Berechtigten . 933
3. Anrechnung auf den vollen Unterhalt unter Berücksichtigung von Mehrbedarf 937
4. Nach § 1577 I BGB in vollem Umfang anzurechnende Einkünfte des Berechtigten 942
5. Abänderungsklage bei späteren Änderungen der Bedürftigkeit 943
II. Anrechnung von Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit des Berechtigten nach § 1577 II BGB 944
1. Zur Auslegung und zum Anwendungsbereich des § 1577 II BGB 944
2. Ermittlung des anrechnungsfreien Betrags nach § 1577 II 1 BGB – Problem des anrechnungsfreien Defizits 948
3. Billigkeitsanrechnung nach § 1577 II 2 BGB 952
4. Rechenbeispiele zu § 1577 II BGB 956
III. Vermögensverwertung nach § 1577 III BGB und nachhaltige Unterhaltssicherung durch Vermögen nach § 1577 IV BGB 959
1. Vermögensverwertung nach § 1577 III BGB 959
2. Nachhaltige Unterhaltssicherung durch Vermögen nach § 1577 IV BGB 964
3. Notgroschen 965

7. Abschnitt: Zur Leistungsfähigkeit des Verpflichteten

I. Leistungsunfähigkeit als Einwendung 966
II. Eigener eheangemessener Bedarf 969
III. Bedarfsquote und Billigkeitsquote, konkreter Bedarf 975
IV. Schuldhaft herbeigeführte Leistungsunfähigkeit, Folgen des Mangelfalls . . 978
V. Obliegenheit des Unterhaltspflichtigen zur Verwertung des Vermögens . . . 979

8. Abschnitt: Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578b BGB

I. Allgemeines 1000
1. Neues und bisheriges Recht 1000
2. Struktur des § 1578b BGB 1001
3. Gemeinsame Voraussetzungen von § 1578b I und II BGB 1002
II. Herabsetzung des eheangemessenen Unterhalts auf den angemessenen Lebensbedarf nach § 1578b I BGB 1006
1. Anwendungsbereich des § 1578b I BGB 1006
2. Rechtsfolgen nach § 1578b I BGB 1009
III. Zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578b II BGB 1027
1. Anwendungsbereich des § 1578b II BGB 1027
2. Rechtsfolgen nach § 1578b II BGB 1030

beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

IV. Kriterien zu der nach § 1578b I oder II BGB erforderlichen Billigkeitsabwägung . . . 1032
1. Billigkeitsabwägung zur Herabsetzung und zeitlichen Begrenzung des Unterhalts . . . 1032
2. Die Kinderschutzklausel . . . 1037
3. Dauer der Pflege oder Erziehung eines gemeinschaftlichen Kindes . . . 1040
4. Gestaltung der Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit während der Ehe . . . 1041
5. Dauer der Ehe . . . 1065
6. Sonstige Umstände . . . 1071
V. Verfahrensrechtliche Fragen bei Anwendung des § 1578b I u. II BGB . . . 1084
1. Geltendmachung im Erstverfahren . . . 1084
2. Geltendmachung in einem späteren Abänderungsverfahren . . . 1087
3. Darlegungs- und Beweislast . . . 1093

9. Abschnitt: Die Härteklausel des § 1579 BGB

I. Normzweck, gesetzliche Regelung und Anwendungsbereich des § 1579 BGB . . . 1200
1. Normzweck und entstehungsgeschichtliche Entwicklung . . . 1200
2. Voraussetzungen für die Anwendung der Härteklausel . . . 1204
3. Rechtsfolgen der Härteklausel . . . 1206
4. Anwendungsbereich des § 1579 BGB . . . 1209
5. Darlegungs- und Beweislast . . . 1213
II. Grobe Unbilligkeit und Zumutbarkeitsabwägung nach § 1579 BGB . . . 1218
1. Grobe Unbilligkeit als eigene Anspruchsvoraussetzung bei jedem Härtegrund . . . 1218
2. Umstände, die bei der Interessenabwägung zur Beurteilung einer groben Unbilligkeit zu berücksichtigen sind . . . 1221
3. Vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls bei Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes durch den Berechtigten . . . 1229
4. Sonderfragen . . . 1241
III. Ehe von kurzer Dauer (§ 1579 Nr. 1 BGB) . . . 1244
1. Härtegrund der kurzen Ehedauer (Nr. 1) . . . 1244
2. Kurze Ehedauer bis zu zwei Jahren . . . 1250
3. Nicht mehr kurze Ehedauer ab ca. 3 Jahren . . . 1253
4. Ehedauer zwischen zwei und drei Jahren und sonstige Sonderfälle . . . 1255
5. OLG-Entscheidungen mit Billigkeitsabwägungen . . . 1260
IV. Härtegrund der verfestigten Lebensgemeinschaft (§ 1579 Nr. 2 BGB) . . . 1267
1. Neufassung des Tatbestands . . . 1267
2. Verfestigte Lebensgemeinschaft . . . 1270
3. Auf Distanz angelegtes Verhältnis . . . 1276
4. Grobe Unbilligkeit . . . 1277
V. Härtegrund eines Verbrechens oder schweren vorsätzlichen Vergehens gegen den Verpflichteten oder einen nahen Angehörigen (§ 1579 Nr. 3 BGB) . . . 1278
1. Härtegrund der Nr. 3 . . . 1278
2. Beleidigungen, Verleumdungen und falsche Anschuldigungen . . . 1285
3. Betrug und versuchter Prozessbetrug . . . 1286
VI. Mutwillige Herbeiführung der Bedürftigkeit (§ 1579 Nr. 4 BGB) . . . 1289
1. Der Härtegrund der Nr. 4 . . . 1289
2. Mutwillige Bedürftigkeit infolge Alkohol- oder Drogenabhängigkeit . . . 1296
3. Mutwillige Bedürftigkeit wegen Aufgabe einer Erwerbstätigkeit oder wegen unterlassener Maßnahmen zur Herstellung der Erwerbsfähigkeit 1301
4. Mutwillige Bedürftigkeit wegen Verschwendung oder unwirtschaftlicher Vermögensanlage . . . 1308

beckesHop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

5. Mutwillige Bedürftigkeit wegen bestimmungswidriger Verwendung des Vorsorgeunterhalts 1313
6. Sonstige Fälle, in denen der BGH eine Mutwilligkeit verneint hat 1314
VII. Mutwillige Verletzung von Vermögensinteressen des Verpflichteten (§ 1579 Nr. 5 BGB) 1318
1. Zum Härtegrund der Nr. 5 1318
2. Fälle zu Nr. 5 1323
3. Wahrnehmung berechtigter Interessen 1326
VIII. Gröbliche Verletzung der Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen (§ 1579 Nr. 6 BGB) 1329
1. Zum Härtegrund der Nr. 6 1329
2. Fälle einer Pflichtverletzung zu Nr. 6 1336
IX Offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten (§ 1579 Nr. 7 BGB) 1337
1. Zum Härtegrund der Nr. 7 1337
2. Verstöße gegen die eheliche Treuepflicht als offensichtlich schwerwiegendes Fehlverhalten 1346
3. Sonstige Fälle eines schwerwiegenden Fehlverhaltens 1353
4. Fälle, in denen der BGH ein schwerwiegendes Fehlverhalten verneint hat 1359
5. Eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten 1364
6. Darlegungs- und Beweislast 1369
X Anderer schwerwiegender Grund nach § 1579 Nr. 8 BGB 1371
1. Zum Härtegrund der Nr. 8 1371
2. Härtegrund der Nr. 8, wenn nach der Scheidung ein ehewidriges Verhältnis gemäß Nr. 7 fortgeführt wird 1374
3. Der Härtegrund der Nr. 8 in sonstigen Fällen 1375
4. Kein Härtegrund nach Nr. 8 1377
XI Wiederaufleben eines nach § 1579 BGB ausgeschlossenen Anspruchs und endgültiger Ausschluss nach § 1579 BGB 1382
1. Grundsatz 1382
2. Wiederaufleben eines nach Nr. 2 ausgeschlossenen Anspruchs 1384
3. Wiederaufleben eines Anspruchs aus Gründen des vorrangigen Kindeswohls 1385

§ 5 Rangverhältnisse und Mangelfälle

I. Selbstbehalt und Mangelfall 1
1. Relativität von Eigenbedarf, Selbstbehalt und Mangelfall 1
2. Verschiedene Selbstbehalte nach den Leitlinien 2
3. Voraussetzungen eines Mangelfalls nach §§ 1581, 1603 BGB 31
4. Abänderungsklage bei späteren Änderungen der Leistungsfähigkeit 47
II. Einkommens- und Bedarfskorrekturen im Mangelfall 52
1. Überblick zum Mangelfall nach § 1581 BGB 53
2. Kindergeld und Zählkindvorteil im Mangelfall 62
3. Zurechnung fiktiver Einkünfte wegen gesteigerter Erwerbsobliegenheit und erhöhte Zurechnung von Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit 67
4. Zurechnung von freiwilligen unentgeltlichen Zuwendungen Dritter . . 73
5. Verschärfte Anforderungen an Abzugsposten vom Bruttoeinkommen bei Berechnung des Nettoeinkommens 76
6. Erhöhung der Deckungsmasse durch eine zumutbare Vermögensverwertung 81
7. Berücksichtigung von Verbindlichkeiten des Verpflichteten 85
8. Obliegenheit, sich auf die Pfändungsfreigrenzen zu berufen und evtl. Insolvenzantrag zu stellen 95

beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

9. Individuelle oder schematische Kürzung eines verbleibenden Fehlbedarfs nach § 1581 BGB ... 102
III. Mehrheit von Berechtigten: relativer Mangelfall ... 105
IV. Mehrheit von Berechtigten: gemischter Mangelfall mit zwei Ehegatten ... 107
1. Allgemeines ... 107
2. Vorteile des Zusammenlebens ... 108
3. Rechenweg bei mehreren Ehegatten ... 109
4. Beispiele zu absoluten und relativen Mangelfällen mit mehreren Ehegatten ... 110
5. Unterhalt bei Nachrang der späteren Ehe ... 111
6. Das anrechnungsfreie Defizit ... 112
V. Mehrheit von Berechtigten: Rangfragen ... 113
1. Maßgeblichkeit von Rangverhältnissen im Mangelfall ... 113
2. Die gesetzliche Rangfolge bei mehreren Berechtigten ... 118
3. Zum Rangverhältnis unter mehreren berechtigten Kindern ... 120
4. Rangverhältnisse nach § 1582, § 1609 Nr. 2 und 3 BGB zwischen mehreren unterhaltsberechtigten Ehegatten ... 124
5. Rangverhältnis zwischen Ehegatten und Kindern ... 136
6. Der vorrangige Bedarf im Mangelfall ... 138
7. Kürzung und Wegfall des Unterhalts nachrangig Berechtigter in Mangelfällen ... 144
8. Rechenbeispiele zum Ausscheiden bzw. zur Berechnung des Unterhalts nachrangig Berechtigter ... 150
9. Verteilung bei Gleichrang (mit Beispielen) ... 155
10. Gleicher Rang und verschiedener Selbstbehalt: Bedürftig gewordene Volljährige neben gleichrangigen ... 160
11. Altfälle ... 164
VI. Rangverhältnis zwischen mehreren Verpflichteten ... 166
1. Rangordnung unter unterhaltspflichtigen Verwandten ... 167
2. Ersatzhaftung im Mangelfall ... 170
3. Mehrere unterhaltspflichtige Ehegatten ... 171
4. Ehegatte neben nichtehelichem Elternteil ... 172
5. Nichteheliche Elternteile untereinander ... 174
6. Ehegatten oder nichteheliche Elternteile neben Verwandten ... 175
7. Haftungskonkurrenz bei Unterhalt minderjähriger Kinder ... 186
8. Mangelfall bei Barunterhaltspflicht beider Elternteile ... 187

beckshop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 6 Sonderfragen

1. Abschnitt: Selbstständige Bestandteile des Unterhaltsanspruchs

I. Sonderbedarf ... 1
1. Anspruchsvoraussetzungen ... 1
2. Beteiligung des Unterhaltsgläubigers an der Finanzierung des Sonderbedarfs ... 10
3. Einzelfälle ... 14
II. Prozess- und Verfahrenskostenvorschuss ... 20
1. Terminologie ... 20
2. Anspruchsberechtigte ... 21
3. Anspruchsvoraussetzungen ... 28
4. Inhalt des Anspruchs ... 37
5. Prozessuales, Rückforderung des Kostenvorschusses ... 39

2. Abschnitt: Unterhalt für die Vergangenheit

I. Anspruchsvoraussetzungen ... 100
1. Gesetzliche Grundlagen ... 100

2. Rechtshängigkeit 106
3. Auskunft 107
4. Sonderbedarf 108
5. Rückwirkender Unterhalt nach § 1613 II Nr. 2 BGB 109
6. Übergeleitete und übergegangene Unterhaltsansprüche 110
7. Sonstige Ansprüche 113
8. Absichtlicher Leistungsentzug beim nachehelichen Unterhalt 114
II. Verzug 119
1. Verzug nach § 286 I BGB 119
2. Verzug nach § 286 II Nr. 1 BGB 134
3. Verzug nach § 286 II Nr. 3 BGB 135
4. Verzug nach § 286 II Nr. 4 BGB 136
5. Verschulden des Pflichtigen 137
6. Verzugszinsen 138
7. Beseitigung der Verzugsfolgen und Verwirkung 140
III. Verjährung 147

3. Abschnitt: Rückforderung von zu Unrecht gezahltem Unterhalt

I. Grundsätze 200
1. Ausgangslage 200
2. Anspruchsgrundlagen 203
II. Rückforderungsansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung 204
1. Anspruchsgrundlage 204
2. Entreicherung 208
3. Verschärfte Haftung 213
4. Möglichkeiten des Pflichtigen gegen den Entreicherungseinwand 221
5. Mehrleistung mit Erstattungsabsicht 226
III. Ansprüche aus dem Vollstreckungsrecht 228
1. Ansprüche bei vorläufig vollstreckbaren Urteilen 228
2. Ansprüche bei Notunterhalt 230
3. Ansprüche bei Vaterschaftsfeststellung 231
4. Keine Ansprüche bei einstweiligen Anordnungen 232
IV. Ansprüche aus unerlaubter Handlung 233
1. Anspruch bei Betrug 233
2. Vorsätzliche sittenwidrige Ausnützung eines unrichtig gewordenen Vollstreckungstitels 235
V. Sonderfälle 239
1. Rückforderung bei Rentennachzahlung 239
2. Rückforderungen eines Verfahrenskostenvorschusses 242

4. Abschnitt: Aufrechnung mit Gegenforderungen

I. Aufrechnungsverbot für unpfändbare Forderungen 300
II. Aufrechnungen gegen Unterhaltsforderungen 302
III. Der Arglisteinwand 307
IV. Die Aufrechnungserklärung 309
V. Die Aufrechnungsvereinbarung 310
VI. Die Aufrechnung mit Rückforderungsansprüchen aus Unterhaltsüberzahlungen 311
VII. Zusammenfassung 313

5. Abschnitt: Unterhalt bei Gütergemeinschaft

I. Überblick 400
II. Ehegattenunterhalt 402
1. Trennungsunterhalt 402

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2. Familienunterhalt 412
3. Nachehelicher Unterhalt 413
III. Kindesunterhalt 419
1. Kindesunterhalt in der Trennungszeit 420
2. Kindesunterhalt ab Rechtskraft der Scheidung 422
IV. Keine fiktiven Einkünfte 423
V. Eilmaßnahmen 424

6. Abschnitt: Vereinbarungen zum Ehegattenunterhalt

I. Allgemeines 600
1. Einführung 600
2. Gesetzlicher oder vertraglicher Unterhaltsanspruch 603
3. Allgemeine Sittenwidrigkeit von Unterhaltsvereinbarungen 610
4. Abänderung von Unterhaltsvereinbarungen 617
II. Vereinbarungen zum Familienunterhalt 630
III. Vereinbarungen zum Getrenntlebensunterhalt 632
IV. Vereinbarungen zum Nachscheidungsunterhalt 633
1. Formale Anforderungen 633
2. Vorsorgende Vereinbarungen 638
3. Vereinbarungen anlässlich oder nach der Scheidung 639
V. Vereinbarung eines Unterhaltsverzichts 640
1. Die besondere Problematik des Verzichts auf nachehelichen Unterhalt . 640
2. Richterliche Wirksamkeits- und Ausübungskontrolle 643
VI. Vereinbarung einer Wertsicherungsklausel 660
VII. Vereinbarung einer Kapitalabfindung 666

7. Abschnitt: Darlegungs- und Beweislast sowie tatrichterliche Ermittlung und Schätzung nach § 287 ZPO

I. Zur Darlegungs- und Beweislast 700
1. Allgemeiner Überblick 700
2. Zur Darlegungs- und Beweislast des Unterhaltsberechtigten 703
3. Zur Darlegungs- und Beweislast des Unterhaltspflichtigen 721
4. Zur Regel-Ausnahme-Situation 732
5. Negativtatsachen und substantiiertes Bestreiten von Tatsachen aus dem eigenen Wahrnehmungsbereich 741
6. Darlegungs- und Beweislast bei Abänderungsverfahren 746
7. Darlegungs- und Beweislast bei negativen Feststellungsanträgen 747
8. Zur Umkehr der Beweislast 749
II. Zur tatrichterlichen Ermittlung und Schätzung nach § 287 ZPO 750
1. Zur Anwendung des § 287 ZPO im Unterhaltsverfahren 750
2. Zur Schätzung nach § 287 ZPO 755
3. Zu den Schätzungsvoraussetzungen 758

§ 7 Unterhalt zwischen nicht verheirateten Eltern und zwischen Lebenspartnern

1. Abschnitt: Ansprüche der Mutter oder des Vaters eines nichtehelichen Kindes gegen den anderen Elternteil und damit zusammenhängende Ansprüche

I. Allgemeines 1
1. Historische Entwicklung des § 1615l BGB 1
2. Bedeutung des § 1615l BGB 10
II. Die einzelnen Unterhaltstatbestände des § 1615l BGB 11
1. Überblick 11
2. Der Mutterschutzunterhalt gemäß § 1615l I 1 BGB 14

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

3. Der Unterhalt wegen Schwangerschaft oder Krankheit gemäß § 1615l II 1 BGB . . . 17
4. Der Unterhalt wegen Kindesbetreuung gemäß § 1615l II 2 bis 5 BGB . 20
5. Der Unterhaltsanspruch des nichtehelichen Vaters . . . 78
6. Der Anspruch auf Ersatz von Schwangerschafts- und Entbindungskosten nach § 1615l I 2 BGB . . . 82
III. Die Bemessung des Unterhalts . . . 91
1. Der Unterhaltsbedarf . . . 91
2. Die Bedürftigkeit . . . 123
3. Die Leistungsfähigkeit . . . 141
IV. Rangverhältnisse und Unterhaltskonkurrenzen . . . 152
1. Mehrere Unterhaltsberechtigte . . . 152
2. Mehrere Unterhaltspflichtige . . . 161
V. Einzelne Fragen des materiellen Rechts . . . 191
1. Abgrenzung der Ansprüche aus § 1615l BGB und § 1570 BGB . . . 191
2. Anspruchsberechtigte, Anspruchsgegner, Durchsetzung des Anspruchs aus § 1615l BGB . . . 193
3. Fälligkeit, Unterhalt für die Vergangenheit . . . 197
4. Auskunftsanspruch . . . 200
5. Erlöschen des Anspruchs durch den Tod des Unterhaltsberechtigten . . . 203
6. Erlöschen des Anspruchs des Berechtigten durch andere Gründe . . . 204
7. Der Anspruch auf Übernahme von Beerdigungskosten der Mutter . . . 210
8. Tod des Unterhaltspflichtigen . . . 215
9. Tot- oder Fehlgeburt des Kindes, Schwangerschaftsabbruch . . . 218
10. Verzicht, Unterhaltsvereinbarungen . . . 226
11. Verwirkung . . . 228
12. Verjährung . . . 235
13. Steuerliche Abzugsmöglichkeiten . . . 236
VI. Verfahrensrechtliches . . . 240
1. Zuständiges Gericht für Unterhaltsverfahren . . . 240
2. Verfahren . . . 242
3. Verfahrenskostenvorschuss . . . 243
4. Darlegungs- und Beweislast . . . 244
5. Titel und Befristung des Betreuungsunterhalts . . . 259
6. Abänderungsantrag . . . 265
7. Vorläufige Rechtsschutzmöglichkeiten . . . 266
8. Übergangsrecht . . . 281

2. Abschnitt: Unterhaltsansprüche zwischen eingetragenen Lebenspartnern

I. Allgemeines . . . 290
1. Die Entwicklung der eingetragenen Lebenspartnerschaft . . . 290
2. Die eingetragene Lebenspartnerschaft als Unterhaltsvoraussetzung . . . 298
3. Grundsätze zur Unterhaltspflicht nach dem LPartG . . . 307
II. Die einzelnen Unterhaltsansprüche . . . 310
1. Lebenspartnerschaftsunterhalt nach § 5 LPartG . . . 310
2. Trennungsunterhalt nach § 12 LPartG . . . 327
3. Der nachpartnerschaftliche Unterhalt nach § 16 LPartG . . . 353
4. Gerichtliche Geltendmachung . . . 376

§ 8 Unterhalt und Sozialleistungen

1. Abschnitt: Das Verhältnis von Sozial- und Unterhaltsrecht

I. Die verschiedenen Sozialleistungen . . . 1
II. Die Reform des Sozialrechts zum 1.1.2005 und weitere Änderungen . . . 4

beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

III. Sozialleistungen als anrechenbares Einkommen im Unterhaltsrecht 5
1. Einkommensersetzende Sozialleistungen 5
2. Subsidiäre Sozialleistungen 7
3. Bedürftigkeit beim Bezug subsidiärer Sozialleistungen 10
4. Leistungsfähigkeit beim Bezug subsidiärer Sozialleistungen 13
5. Verwirklichung des Nachrangs und Rechtsschutz 15

2. Abschnitt: Sozialhilfe und Unterhalt

I. Abgrenzung von Sozialhilfe und Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II 18
II. Hilfebedürftigkeit 23
1. Einsatzgemeinschaft („Bedarfsgemeinschaft") 23
2. Einsatz des Einkommens und des Vermögens 29
III. Hilfe zum Lebensunterhalt 46
1. Anspruchsberechtigung 46
2. Notwendiger Unterhalt 47
IV. Sonstige Hilfearten 57
V. Der Übergang des Unterhaltsanspruchs auf den Sozialhilfeträger 60
1. Abgrenzung des § 94 SGB XII vom Übergang anderer Ansprüche 60
2. Übergehende Unterhaltsansprüche; Ausschluss des Anspruchsübergangs 62
3. Umfang des Forderungsübergangs 69
4. Wirkung des Anspruchsübergangs 77
5. Unterhalt für die Vergangenheit, Rechtswahrungsanzeige 81
6. Unterhaltsverzicht und Unterhaltsvereinbarungen 83
7. Laufende Zahlung des Unterhalts 84
8. Unterhalt volljähriger Kinder 85
9. Unbillige Härte 87
VI. Sozialhilferechtliche Vergleichsberechnung 91
1. Rechtslage bis zum 31.12.2004 91
2. Inhalt der gesetzlichen Neuregelung 92
VII. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs im Prozess 107
1. Konsequenzen des Anspruchsübergangs 107
2. Rückübertragung des übergegangenen Unterhaltsanspruchs 111
3. Erneute Abtretung an den Sozialhilfeträger 119
4. Konkurrenz zwischen Unterhaltsberechtigtem und Sozialhilfeträger ... 120
5. Abänderungsverfahren 123
VIII. Rechtslage bei Ausschluss des Anspruchsübergangs 124
1. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Sozialhilfeträger . 124
2. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Leistungsberechtigten 126

3. Abschnitt: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Unterhalt

I. Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 135
1. Verhältnis zur Sozialhilfe und zur Grundsicherung für Arbeitsuchende . 135
2. Voraussetzungen und Art der Leistungen 138
3. Bewilligungszeitraum 146
II. Das Verhältnis von Unterhaltsansprüchen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 147
1. Überblick 147
2. Einsatzgemeinschaft 149
3. Unterhalt zwischen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten (Lebenspartnern); Betreuungsunterhalt nach § 1615l BGB 152
4. Elternunterhalt 154
5. Unterhalt volljähriger Kinder 167
6. Unterhalt zwischen Verwandten zweiten Grades 170

beckshop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

4. Abschnitt: Die Grundsicherung für Arbeitsuchende und Unterhalt

I. Grundsicherung und Sozialhilfe 171
1. Die Reform des Sozialrechts zum 1.1.2005 171
2. Abgrenzung von der Sozialhilfe und der Jugendhilfe 175
3. Zuständigkeiten 176
II. Anspruchsvoraussetzungen 178
1. Berechtigter Personenkreis 178
2. Alter 186
3. Gewöhnlicher Aufenthalt 187
4. Erwerbsfähigkeit 188
5. Hilfebedürftigkeit; Einsatz von Einkommen und Vermögen 189
III. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts 200
1. Arbeitslosengeld II 201
2. Sozialgeld 210
3. Berechnung des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes 212
4. Sonstige Geldleistungen 214
5. Ausschließlichkeit der Leistungen nach dem SGB II 218
IV. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen bei Bezug von Grundsicherung für Arbeitsuchende 219
1. Erwerbsobliegenheit 219
2. Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende als unterhaltsrechtliches Einkommen des Pflichtigen 220
V. Bezug von Grundsicherung für Arbeitsuchende durch den Unterhaltsberechtigten; Anspruchsübergang 225
1. Subsidiarität der Grundsicherung 225
2. Anspruchsübergang 228
3. Kraft Gesetzes übergehende Unterhaltsansprüche 232
4. Umfang des Anspruchsübergangs 238
5. Unterhalt für die Vergangenheit 245
6. Vergleichsberechnung 248
7. Keine Härteregelung 251
8. Laufende Zahlung des Unterhalts 252
9. Geltendmachung des übergegangenen Anspruchs 253
10. Rückübertragung und erneute Abtretung des Unterhaltsanspruchs 255
VI. Rechtslage bei Ausschluss des Anspruchsübergangs 256
1. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch die Träger der Grundsicherung 256
2. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Leistungsempfänger 261

5. Abschnitt: Unterhaltsvorschuss und Unterhalt

I. Die Voraussetzungen des Unterhaltsvorschusses 262
II. Anspruchsübergang 270
III. Verhältnis von Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende zum Unterhaltsvorschuss 276

6. Abschnitt: Ausbildungsförderung und Unterhalt

I. Voraussetzungen und Dauer der Förderung 279
II. Das Verhältnis von Ausbildungsförderung und Unterhalt 286
1. Ausbildungsförderung und Vorausleistung 286
2. Anspruchsübergang 288

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 9 Auslandsberührung

1. Abschnitt: Materielles Recht

I. Rechtsquellen 1
1. Europäische Unterhaltsverordnung (EuUnthVO) 2
2. Haager Unterhaltsprotokoll 2007 (HUP 2007) 4
3. Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht (HUÜ 73) 5
4. Haager Abkommen über das auf Unterhaltspflichten gegenüber Kindern anzuwendende Recht (HUÜ 56) 6
5. Innerdeutsches Kollisionsrecht und bilaterale Verträge 7
II. Definition der Unterhaltspflicht 9
III. Anwendbares materielles Recht – Unterhaltsstatut 11
1. Gesetzliche Grundlagen 11
2. Vorbehalt nach Art. 15 HUÜ 12
3. Gewöhnlicher Aufenthalt 13
4. Subsidiarität 16
5. Gemeinsame Staatsangehörigkeit 18
6. Recht des Gerichtsstaats 23
7. Verstoß gegen den Ordre Public 24
8. Folgen einer Scheidung 26
9. Wahl des anzuwendenden Rechts 31
10. Auf öffentliche Träger übergegangene Unterhaltsansprüche 34
IV. Bemessung des Unterhalts 35
1. Allgemeines zur Bedarfsermittlung 35
2. Bedarfskorrektur nach Ländergruppeneinteilung 37
3. Bedarfskorrektur mit Hilfe der Verbrauchergeldparität und der vergleichenden Preisniveaus 38
4. Bedeutung der Teuerungsziffern für den Kaufkraftausgleich der Auslandsbesoldung 91
V. Währung 94
VI. Ausgewählte Länder 100

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Belgien

1. Allgemeines 101
2. Kindesunterhalt 102
3. Ehegattenunterhalt 103
4. Familienunterhalt 108

Bosnien-Herzegowina

1. Allgemeines 109
2. Kindesunterhalt 111
3. Ehegattenunterhalt 115
4. Unterhalt des außerehelichen Partners 117
5. Sonstiger Verwandtenunterhalt 118
6. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts 119

Dänemark

1. Kindesunterhalt 124
2. Ehegattenunterhalt 127

England und Wales

1. Kindesunterhalt 133
2. Ehegattenunterhalt 140
3. Allgemeine Grundsätze 149

Finnland

1. Kindesunterhalt 150
2. Ehegattenunterhalt 158
3. Unterhaltsanspruch eines Lebenspartners 162

Frankreich

1. Kindesunterhalt 163
2. Ehegattenunterhalt 164
3. Familienunterhalt 173

Griechenland

1. Kindesunterhalt 174
2. Ehegattenunterhalt 177
3. Verwandtenunterhalt 183
4. Allgemeine Grundsätze 186

Irland

1. Kindesunterhalt 189
2. Ehegattenunterhalt 192

Italien

1. Kindesunterhalt 198
2. Ehegattenunterhalt 200
3. Verwandtenunterhalt 208

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Kroatien

1. Kindesunterhalt 209
2. Ehegattenunterhalt 212
3. Unterhalt für den außerehelichen Partner und die Mutter des nichtehelich geborenen Kindes 215
4. Verwandtenunterhalt 218
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts 219

Montenegro

1. Kindesunterhalt 225
2. Ehegattenunterhalt 227
3. Unterhalt des außerehelichen Partners 232
4. Verwandtenunterhalt 238
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts 242

Niederlande

1. Kindesunterhalt 246
2. Ehegattenunterhalt 249
3. Verwandtenunterhalt 257
4. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts 259

Norwegen

1. Kindesunterhalt 260
2. Ehegattenunterhalt 264

Österreich

1. Kindesunterhalt 271
2. Ehegattenunterhalt 275

Polen

1. Kindesunterhalt 294
2. Ehegattenunterhalt 303
3. Verwandtenunterhalt. 310
4. Unterhalt aus gemeinsamer Elternschaft 312
5. Allgemeine Vorschriften. 313

Portugal

1. Kindesunterhalt 316
2. Ehegattenunterhalt 324
3. Verwandtenunterhalt. 332
4. Unterhaltsanspruch der Kindesmutter 334

Rumänien

1. Kindesunterhalt 335
2. Ehegattenunterhalt 340
3. Verwandtenunterhalt. 345
4. Allgemeine Vorschriften. 346

Schottland

1. Kindesunterhalt 352
2. Ehegattenunterhalt 354
3. Allgemeine Grundsätze 356
4. Verfahrensrecht 360

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Schweden

1. Kindesunterhalt 363
2. Ehegattenunterhalt 371

Schweiz

1. Kindesunterhalt 376
2. Ehegattenunterhalt 383
3. Verwandtenunterhalt. 401
4. Allgemeine Vorschriften. 402

Serbien

1. Kindesunterhalt 403
2. Ehegattenunterhalt 406
3. Unterhalt der Mutter eines Kindes und des außerehelichen Partners . . . 409
4. Verwandtenunterhalt. 411
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts 414

Slowenien

1. Kindesunterhalt 419
2. Ehegattenunterhalt 422
3. Unterhalt des außerehelichen Partners 431
4. Verwandtenunterhalt. 432
5. Allgemeine Vorschriften. 433

Spanien

1. Kindesunterhalt 438
2. Ehegattenunterhalt 444
3. Verwandtenunterhalt 450

Tschechische Republik

1. Kindesunterhalt 452
2. Ehegattenunterhalt 456
3. Unterhalt aus gemeinsamer Elternschaft 463
4. Verwandtenunterhalt 464

Türkei

1. Kindesunterhalt 466
2. Ehegattenunterhalt 471
3. Verwandtenunterhalt 494

Ungarn

1. Kindesunterhalt 495
2. Ehegattenunterhalt 501
3. Verwandtenunterhalt 504

Vereinigte Staaten von Amerika (USA)

1. Kindesunterhalt 508
2. Ehegattenunterhalt 512

2. Abschnitt: Verfahrensrecht einschließlich Vollstreckung

I. Rechtsquellen 600
1. Europäische Unterhaltsverordnung Nr. 4/2009 (EuUnthVO) 602
2. Haager Unterhaltsübereinkommen vom 23.11.2007 (HUVÜ 2007) . . . 604
3. Verordnungen (EG) Nr. 44/2001 (Brüssel I-VO = EuGVVO) und Nr. 1215/2012 (Brüssel Ia-VO = EuGVVO-neu) 606
4. Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen vom 2.10.1973 (HUVÜ 73) 611
5. Haager Kindesunterhaltsübereinkommen vom 15.4.1958 (HKUVÜ 58) 613
6. Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen vom 27.9.1968 (EuGVÜ) 614
7. Luganer Übereinkommen über die Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen vom 30.10.2007 (LugÜ) 615
8. Bilaterale Abkommen 616
9. Verordnung (EG) Nr. 805/2004 vom 21.4.2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen (EuVTVO) 617
10. UN-Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland vom 20.6.1956 619
11. Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 vom 13.11.2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (EuZVO) 620
12. Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 15.11.1965 (HÜZA) 621
13. Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 vom 28.5.2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen (EuBVO) . . 622

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

14. Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen ... 623
15. Europäisches Übereinkommen betreffend Auskünfte über ausländisches Recht vom 7.6.1968 ... 624
16. Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz – AVAG) ... 626
17. Auslandsunterhaltsgesetz – AUG ... 627
18. Nationales Verfahrensrecht bei Auslandsbezug ... 628
II. Internationale Zuständigkeit und Verfahren ... 640
1. Internationale Zuständigkeit ... 640
2. Rechtsschutzbedürfnis ... 665
3. Abänderung ausländischer Unterhaltstitel ... 666
4. Einstweiliger Rechtsschutz ... 671
5. Verfahrenskostenhilfe ... 675
III. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Unterhaltstitel ... 675
1. Unmittelbare Vollstreckbarkeit nach der EuUnthVO ... 677
2. Exequaturverfahren ... 682
3. Anerkennungs- und Vollstreckungshindernisse ... 686
4. Umsetzung durch nationales Recht ... 691
5. Anerkennung und Vollstreckung nach nationalem Recht ... 699
IV. Beitrittsgebiet (ehemalige DDR) ... 710

§ 10 Verfahrensrecht

1. Abschnitt: Verfahrensgegenstand, Zuständigkeit und Gericht

I. Vom Unterhaltsprozess zum Verfahren in Unterhaltsstreitsachen ... 1
II. Verfahrensgegenstand ... 2
1. Die Unterhaltssachen als Familienstreitsachen (§ 231 I FamFG) ... 2
2. Die Nichtunterhaltssachen ... 4
3. Mischverfahren ... 5
III. Das Familiengericht ... 6
1. Die sachliche Zuständigkeit ... 6
2. Die örtliche Zuständigkeit ... 8
3. Internationale Zuständigkeit ... 15
4. Abgabe, Verweisung und Kompetenzkonflikte ... 19
5. Der Familienrichter ... 32

2. Abschnitt: Die Schaffung und Abänderung von Unterhaltstiteln

I. Der Leistungsantrag im Hauptsacheverfahren 1. Instanz ... 34
1. Allgemeines ... 35
2. Rechtsschutzbedürfnis und Titulierungsinteresse ... 37
3. Die Beteiligten, gesetzliche Vertretung Minderjähriger und Verfahrensstandschaft ... 42
4. Verfahrensgrundsätze ... 53
5. Sonderformen des Leistungsantrags in Unterhaltssachen („Teilunterhalt") ... 55b
6. Verfahrensrechtliche Auskunftspflichten (§§ 235, 236 FamFG) ... 56
7. Die das Verfahren erledigende Endentscheidung (§§ 116 I, 38 FamFG) 76
II. Die Unterhaltssachen im Verbundverfahren ... 93
1. Das Verbundverfahren ... 93
2. Die Unterhaltsfolgesachen ... 94
3. Die Einleitung des Verbundes in Unterhaltsfolgesachen ... 96
4. Verfahrensgrundsätze in Unterhaltsfolgesachen ... 101
5. Die Abtrennung der Unterhaltsfolgesache ... 106
6. Die Unterhaltsfolgesache im Entscheidungsverbund ... 108
III. Das streitige Unterhaltsverfahren bei ungeklärter Vaterschaft ... 114
1. Der Kindesunterhalt bei ungeklärter Vaterschaft ... 114

beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

2. Das Titulierungsverfahren (§ 237 FamFG) 115
3. Das „Korrekturverfahren“ (§ 240 FamFG) 124
IV. Die Abänderung gerichtlicher Endentscheidungen (§ 238 FamFG) 133
1. Allgemeines 133
2. Rechtsnatur 138
3. Verfahrensgegenstand 139
4. Anwendungsbereich 141
5. Abgrenzung zwischen Abänderungsantrag (§ 238 FamFG) und Vollstreckungsabwehrantrag (§ 767 ZPO) sowie Verhältnis zur Vollstreckungserinnerung (§ 766 ZPO) 152
6. Abgrenzung zwischen Abänderungs- (§ 238 FamFG) und negativem Feststellungsantrag 164
7. Abgrenzung zwischen Abänderungs- und Zusatz- oder Nachforderungsantrag 165
8. Abgrenzung zwischen Abänderungsantrag und Rechtsmittel 171
9. Zulässigkeit des Abänderungsverfahrens 179
10. Begründetheit des Abänderungsantrags 191
11. Darlegungs- und Beweislast im Abänderungsverfahren 242
12. Die Abänderungsentscheidung 248
V. Die Abänderung von Vergleichen und Urkunden (§ 239 FamFG) 252
1. Allgemeines 252
2. Der Vergleich 255
3. Die vollstreckbaren Urkunden 271
VI. Die Abänderung von Unterhaltstitel nach Art. 3 II Unterhaltsänderungsgesetz 2008 283
VII. Das Vollstreckungsabwehrverfahren (§ 767 ZPO) 295
1. Verfahrensgegenstand 295
2. Zuständigkeit 297
3. Die Vollstreckungstitel 299
4. Das Rechtsschutzbedürfnis 301
5. Die Einwendungen (§ 767 I ZPO) 303
6. Die Rechtskraft 308
7. Verzicht auf Verfahren 309
8. Verbindung des Vollstreckungsabwehr- mit einem Abänderungsantrag . 310
9. Vollstreckungsabwehr und negativer Feststellungsantrag 312
10. Abgrenzung zwischen Vollstreckungsabwehrantrag und Rechtsmittel . . 313
11. Die Entscheidung 314
VIII. Das Feststellungsverfahren (§ 256 ZPO) 315
1. Allgemeines 315
2. Feststellungsinteresse 320
3. Abgrenzung zu anderen Verfahren 323
4. Prüfungs- und Entscheidungsumfang 324
5. Darlegungs- und Beweislast 325
6. Rechtskraft 326
7. Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung 328
8. Verfahrenswert 329
IX Die Verfahren wegen ungerechtfertigter Bereicherung, Erstattung und Schadensersatz in Unterhaltssachen (§ 231 I FamFG) 330
1. Die ungerechtfertigte Bereicherung 330
2. Erstattungsanträge 337
3. Schadensersatz 338
X Das Drittschuldnerverfahren 343
XI Das isolierte Auskunfts-, Beleg- und Versicherungsverfahren 345
XII Das Stufenverfahren (§ 254 ZPO) 358
XIII Das Anpassungsverfahren bei außergerichtlichen Unterhaltsvereinbarungen 369

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

XIV Das Mahnverfahren (§ 113 II FamFG, §§ 688–703d ZPO) 374
XV Das Wiederaufnahmeverfahren (§ 118 FamFG, §§ 578–591 ZPO) 375
XVI Der „Widerantrag" (§ 33 ZPO) 380
1. Allgemeines 380
2. Die Einleitung des Widerantragsverfahrens 382
3. Die allgemeinen Verfahrensvoraussetzungen 383
4. Der Zusammenhang des § 33 I ZPO 384
5. Der zeitliche Zusammenhang von Antrag und Widerantrag 385
6. Die Beteiligten des Widerantragsverfahrens 386
7. Identität der Verfahrensart von Vorantrag und Widerantrag 387
8. Sonderformen des Widerantrags, Hilfswiderantrag 388
9. Feststellungswiderantrag 389
10. Wider-Widerantrag 390
11. Gerichtsstandsvereinbarungen 391

3. Abschnitt: Vorläufige Regelung und Sicherung von Unterhaltsansprüchen

I. Die einstweilige Anordnung in Unterhaltsverfahren 392
1. Die einstweilige Anordnung als Grundtatbestand (§ 246 FamFG) 396
2. Die einstweilige Anordnung vor Geburt eines Kindes (§ 247 FamFG) . 460
3. Die einstweilige Anordnung bei Feststellung der Vaterschaft (§ 248 FamFG) 469
4. Konkurrenzen 484
II. Der Arrest in Unterhaltssachen (§ 119 II FamFG, §§ 916 ff. ZPO) 485
1. Verfahrensvoraussetzungen 485
2. Verfahrensablauf 490

4. Abschnitt: Rechtsmittel in Unterhaltssachen

I. Die Beschwerde gegen in der Hauptsache ergangene Endentscheidungen (§§ 58, 117 FamFG) 501
1. Allgemeines 501
2. Zuständigkeit und Eingang 503
3. Beschwerdefrist 504
4. Die Beschwerdeschrift 508
5. Beschwerdesumme/Beschwer 513
6. Beschwerdebegründung 518
7. Beschwerdeerweiterung, Antragserweiterung 528
8. Antragsänderung/Beteiligtenänderung 531
9. Die Beschwerdeerwiderung 533
10. Der Gang des Beschwerdeverfahrens 534
11. Die Beschwerdeentscheidung (§§ 116, 69, 38 FamFG) 544
12. Die Rücknahme der Beschwerde/der Verzicht 549
13. Verfahrenskostenhilfe im Beschwerdeverfahren 556
14. Verfahrenskostenhilfe und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 559
15. Neuere BGH-Rechtsprechung zur Wiedereinsetzung 574
II. Die Anschlussbeschwerde (§§ 66, 117 II FamFG) 590
III. Die sonstige befristete Beschwerde gegen Endentscheidungen (§ 58 FamFG) 597
IV. Die sofortige Beschwerde (§§ 567–572 ZPO) 602
V. Die Rechtsbeschwerden 610
1. Die Rechtsbeschwerde gegen Endentscheidungen (§§ 70–75 FamFG) . 610
2. Die Rechtsbeschwerde gegen sonstige Entscheidungen (§§ 574–577 ZPO) 618
VI. Die Anhörungsrüge (§ 321a ZPO) 623

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

1. Verfahrensgegenstand 623
2. Zulässigkeit der Rüge 626
3. Gang des Verfahrens 628
4. Die Abhilfe 632

5. Abschnitt: Das vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger (§§ 249–260 FamFG)

1. Allgemeines 634
2. Zulässigkeit des vereinfachten Verfahrens 637
3. Abgrenzung zu anderen Verfahren 640
4. Erstmalige Unterhaltsfestsetzung iSd § 249 II FamFG 643
5. Einstweiliger Rechtsschutz und vereinfachtes Verfahren 646
6. Zuständigkeit, Formalien, Kosten, Verfahrenswert und VKH 648
7. Zurückweisung des Antrags 656
8. Verbindung mehrerer Verfahren 660
9. Mitteilung an Antragsgegner 661
10. Einwendungen des Antragsgegners 662
11. Folgen der Einwendungen 672
12. Der Festsetzungsbeschluss (§ 253 FamFG) 674
13. Die Beschwerde im vereinfachten Verfahren (§ 256 FamFG) 678
14. Die Behandlung von zulässigen Einwendungen und der Erlass eines Teilbeschlusses 686
15. Der Übergang ins streitige Verfahren (§ 255 FamFG) 688
16. Die Abänderung („Korrektur") von Endentscheidungen im vereinfachten Verfahren (§ 240 FamFG) 692

Seite

Anhang D: Düsseldorfer Tabelle 2019 (mit Hinweisen zur DT 2018/2017/2016) sowie Tabelle zur Höhe des Kindergeldes 2161
Anhang R: Rechtsprechungsauszüge 2171
Register der auszugsweise abgedruckten Entscheidungen 2519
Sachverzeichnis 2525

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG